



Plenarprotokoll

73. Sitzung

Sonntag, 14. Februar 2021

Inhalt Seite

Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches 8635

1 a) Ergebnisse der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 10. Februar 2021 8635

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3390](#)

b) Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung 8635

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz
Drucksache [18/3389](#)

hierzu:

§ 2 Kontaktbeschränkungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung .. 8635

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3392](#)

Inhalt Seite

§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung I – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung 8635

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3393](#)

§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung II – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung 8635

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3394](#)

§ 14 Einzelhandel, Märkte – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung .. 8635

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3395](#)

§ 19 Kulturelle Einrichtungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung .. 8635

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3396](#)

- Schulen pandemiesicher machen, dann sicher und nachhaltig öffnen - dauerhafte Perspektive für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte** 8635
Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung
Drucksache [18/3397](#)
in Verbindung mit
- 1 A Vierte Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung** 8635
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3387](#)
und
- 1 B Erste Verordnung zur Änderung der Eingliederungshilfe-Covid-19-Verordnung** 8635
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3388](#)
und
- 1 C Vierte Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung** 8636
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
und
§ 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungs-gesetz
Drucksache [18/3391](#)
und
- 1 D Endlich wieder mehr Kultur wagen – Theater und Konzertsäle verantwortungsbewusst auslasten** 8636
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten vom 18. Januar 2021
Drucksache [18/3336](#)
zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/2970](#)
und
- 1 E Landesstudie zur SARS-CoV-2-Infektiosität von Kindern auf den Weg bringen** 8636
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 7. Dezember 2020 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. Januar 2021
Drucksache [18/3338](#)

zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/2716](#)

Senatorin Dilek Kalayci	8636
Burkard Dregger (CDU)	8640
Torsten Schneider (SPD)	8643
Georg Pazderski (AfD)	8646
Carsten Schatz (LINKE)	8648
Sebastian Czaja (FDP)	8650
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	8651
Sebastian Czaja (FDP)	8651
Stefan Ziller (GRÜNE)	8652
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	8653
Tim-Christopher Zeelen (CDU)	8655
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	8655
Andreas Wild (fraktionslos)	8655
Ergebnis	8658

Ordnungsruf für Andreas Wild (fraktionslos) 8657

Präsident Wieland eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Ralf Wieland:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung des Abgeordnetenhaus von Berlin. Ich darf Sie begrüßen, ich begrüße unsere Zuschauerinnen und Zuschauer vor den Bildschirmen, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Medienvertreterinnen und Medienvertreter sehr herzlich.

[Unruhe]

Ich bitte jetzt erstens mal um Ruhe, zweitens um Aufmerksamkeit, um ungeteilte Aufmerksamkeit dem Kollegen Dr. Robbin Juhnke, der heute Geburtstag hat. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

[Allgemeiner Beifall]

Wir haben keine Mühen und Kosten gescheut, Ihnen hier heute ein angenehmes Umfeld zu präsentieren.

Unsere heutige Sondersitzung findet aufgrund einer Übereinkunft im Ältestenrat statt und dient insbesondere der Behandlung der neuen Infektionsschutzverordnung des Senats. Die aktualisierte Fassung der Tagesordnung liegt Ihnen in Form der Abwicklung zur Tagesordnung vor. Die Anträge und Vorlagen zu diesen Tagesordnungspunkten liegen Ihnen auch vor, soweit Sie Ihnen nicht bereits zugegangen sind. Die in der Abwicklung zu erwartende Vorlage – zur Kenntnisnahme – angekündigte Drucksache 18/3391 mit der Vierten Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung, Tagesordnungspunkt 1 C liegt Ihnen ebenfalls vor.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, alle Vorgänge miteinander zu verbinden und in einer Rederunde zu behandeln. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Unsere Tagesordnung ist damit so beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 1:

a) Ergebnisse der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 10. Februar 2021

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3390](#)

b) Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz
Drucksache [18/3389](#)

hierzu:

§ 2 Kontaktbeschränkungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3392](#)

§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung I – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3393](#)

§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung II – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3394](#)

§ 14 Einzelhandel, Märkte – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3395](#)

§ 19 Kulturelle Einrichtungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/3396](#)

Schulen pandemiesicher machen, dann sicher und nachhaltig öffnen - dauerhafte Perspektive für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung
Drucksache [18/3397](#)

in Verbindung mit

Ifd. Nr. 1 A:

Vierte Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3387](#)

und

Ifd. Nr. 1 B:

Erste Verordnung zur Änderung der Eingliederungshilfe-Covid-19-Verordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/3388](#)

(Präsident Ralf Wieland)

und

Ifd. Nr. 1 C:

Vierte Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungs-gesetz Drucksache [18/3391](#)

und

Ifd. Nr. 1 D:

Endlich wieder mehr Kultur wagen – Theater und Konzertsäle verantwortungsbewusst auslasten

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten vom 18. Januar 2021 Drucksache [18/3336](#)

zum Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache [18/2970](#)

und

Ifd. Nr. 1 E:

Landesstudie zur SARS-CoV-2-Infektiosität von Kindern auf den Weg bringen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 7. Dezember 2020 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. Januar 2021 Drucksache [18/3338](#)

zum Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache [18/2716](#)

Den Dringlichkeiten hatten Sie bereits eingangs zugesagt. In der gemeinsamen Besprechung steht jeder Fraktion eine Redezeit von zehn Minuten zu. Es beginnt der Senat. Frau Senatorin Kalayci hat das Wort. – Bitte schön!

Senatorin Dilek Kalayci (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich grüße Sie alle ganz herzlich hier. Auch im Namen des Senats kann ich Ihnen hier mitteilen, dass wir das richtig und wichtig finden, dass Änderungen, die die Infektionsschutzverordnung des Senats angehen, aber auch den MPK-Beschluss vom 10. Februar hier in einer Sondersitzung des Parlaments erörtert werden. Es ist richtig und wichtig, dass wir hier auch gemeinsam in die Debatte einsteigen.

Es ist auch für den Senat keine so leichte Entscheidung gewesen, nach dem MPK-Beschluss vom 10. Februar in

einer Senatssondersitzung den Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin zu würdigen und dann auch – wieder – zu einem Beschluss zu kommen, der für viele Berlinerinnen und Berliner tiefe Einschnitte mit sehr vielen Einschränkungen bedeutet. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass auch diese Änderung der Rechtsverordnung keine sehr leichte Entscheidung für den Senat war.

Auch wenn das jetzt ein Novum ist, dass wir in einer Sonderplenumssitzung sowohl den MPK-Beschluss als auch den Beschluss des Senats, was die Rechtsverordnung angeht, vor Inkrafttreten hier miteinander erörtern, will ich schon darauf hinweisen, dass wir seit dem Anfang der Pandemie, was die Eindämmungsmaßnahmen angeht, in sehr engem Austausch mit dem Parlament waren. Es war im Gesundheitsausschuss regelmäßig Thema, sodass wir selbstverständlich auch die parlamentarische Beratung hier vorgenommen und uns ausgetauscht haben.

An der Stelle möchte ich auch unterstreichen, dass ich jenseits der parlamentarischen Sitzungen auch den engen Austausch mit den Sprecherinnen und Sprechern in regelmäßigen Telefonschaltkonferenzen sehr würdige, denn dort gibt tatsächlich für das praktische exekutive Handeln auch aus dem parlamentarischen Raum jenseits der parlamentarischen Sitzungen immer sehr wertvolle Hinweise und Impulse. Die Impulse habe ich in der Vergangenheit sehr geschätzt und werde sie auch in Zukunft, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, auch weiterhin sehr schätzen und auch darauf setzen.

Nichtdestotrotz ist die Beratung heute natürlich eine neue Qualität, was die Maßnahmen angeht. Es geht wieder einmal um sehr weitgehende Einschränkungen für die Berlinerinnen und Berliner; es geht um Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten. Diese Einschnitte haben für viele Lebensbereiche der Berlinerinnen und Berliner große Implikationen im privaten Kontext, was die sozialen Kontakte angeht, was Berufseinschränkungen angeht, sowie soziale und wirtschaftliche Folgen, die der Senat bei der Entscheidung solcher weitgehenden Maßnahmen immer auch im Blick hat.

Auf der anderen Seite geht es aber um die Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner. Es geht um eine Pandemie, die wir in dieser Form so noch nicht gesehen haben. Ja, es ist ein Jahrhundertseignis, diese Pandemie zu bewältigen und damit umzugehen. Es geht um die Gesundheit vieler Berlinerinnen und Berliner, denn die Folgen der Infektionen, die wir in der Stadt in der Vergangenheit schon hatten, dürfen wir hier nicht unterschätzen.

Die Infektionszahlen sind nicht nur eine Statistik: Sie bedeuten für viele Familien, für viele Freunde, für viele Menschen auch tragische Krankheitsfälle und die letztendlichen Folgeschäden dieser Krankheiten kennen wir

(Senatorin Dilek Kalayci)

noch gar nicht alle. Das heißt: Einmal eine Infektion, und damit ist die Sache getan –, das ist es nicht. Wir müssen immer damit rechnen, dass diese Vielzahl von Erkrankungen, die wir auch in unserer Stadt mit dieser Pandemie hatten, Menschen auch mit Folgeschäden weiterhin Leid und Schmerzen zutragen werden. Die Todesfälle, die wir auch in Berlin hatten, bringen uns als Senat zu dem Schluss, dass wir hier die Gesundheit und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung in der Abwägung ganz hoch einstufen.

Es sind von Anfang der Pandemie an keine leichten Entscheidungen für den Senat gewesen, solche Einschnitte, solche Einschränkungen im Rahmen unserer Rechtsverordnung zu verabschieden. Deswegen ist es im Senat auf Grundlage der epidemiologischen Lageeinschätzung immer eine Abwägung, welche Einschnitte der Senat beschließt und ob sie eigentlich verhältnismäßig sind. Das sehen Sie auch daran, dass wir unsere Eindämmungsverordnungen oder Infektionsschutzverordnungen immer auch zeitlich befristet haben, weil wir im Zuge der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der epidemiologischen Entwicklung diese Entscheidung immer neu auf den Prüfstand gestellt und immer neu entschieden haben, das heißt, auf der Grundlage der Evidenz, auf Expertise, die der Senat, aber auch die MPK sich immer wieder von der Wissenschaft als Grundlage für diese Entscheidungen einholt. Das sehen Sie an den immer wieder befristeten Beschlüssen, um immer je nach Entwicklung, je nach Erkenntnissen in der Wissenschaft, aber auch je nach der epidemiologischen Lage diese Entscheidungen dann auch immer wieder zu hinterfragen und neu zu entscheiden.

Der Senat setzt aber nicht nur auf Einschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen, die schwere Folgen für die Berlinerinnen und Berliner haben, sondern handelt in einem Dreiklang. Die Rechtsverordnung ist ein Baustein, darüber hinaus setzt der Senat auch auf andere flankierende Maßnahmen, die genauso wichtig sind, wie auch Maßnahmen, die die Virusausbreitung ausbremsen sollen. Das ist das Thema „Testen“ und das Testmanagement in Berlin.

Hier hat Berlin von Anfang der Pandemie an – Sie können sich erinnern – mit den Teststellen, mit der Entwicklung und Verfügbarkeit der Testtechnologien nichts ausgelassen – ich bin mit dieser These etwas mutig –, hat alles, was im Rahmen von Testungen möglich ist, auch hier eingesetzt. Sie sehen, auch was flächendeckende Testungen im Bildungsbereich angeht, dass wir konzeptionell im Bundesvergleich wieder die Nase vorn haben, aber auch routinemäßiges Testen in sensiblen Bereichen wie Pflege und Krankenhäusern ist hier inzwischen ein zentraler Baustein. Der Senat setzt auf einen Baustein wie das Testen, um die Lage in bestimmten Bereichen sicherer zu machen.

Der Senat hat aber auch – weil das eine wichtige Komponente und eine wichtige Nebenbedingung bei den Eindämmungsmaßnahmen ist – das Gesundheitssystem sehr im Blick gehabt. Wir haben sehr früh in Krankenhäusern und in Schutzausrüstung investiert. Wir haben frühzeitig in Intensivbettkapazitäten investiert, aber auch den öffentlichen Gesundheitsdienst fit gemacht und Personal aufgebaut. Das haben die Gesundheitsämter, die Bezirke, gemacht. Wir haben in SORMAS und in die IT investiert. All das hat der Senat, neben den Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger, selbst als Hausaufgaben immer im Blick gehabt und auch erfüllt.

Der letztendlich letzte und wichtigste Baustein in der Pandemiekämpfung ist das Thema Impfen. Wenn wir das Infektionsgeschehen insgesamt mit Eindämmungsmaßnahmen, mit Schutzmaßnahmen in Schach halten wollen, dann haben wir eine Zielgerade, und das ist die Immunisierung durch Impfen der Bevölkerung. Dass wir insgesamt in Deutschland ein nicht zufriedenstellendes Tempo haben, was das Impfen angeht, ist in diversen Runden auf allen Ebenen ausreichend gewürdigt worden. Hier aber geht das Arbeiten, das Leben und das Maßnahmentreffen gegen die Zeit. Würden wir heute einen Impfschutz in der breiten Bevölkerung haben, würden wir eventuell heute nicht über diese Einschränkungen entscheiden müssen. Das ist natürlich das Wichtigste, was wir im Senat als Ziel haben: das schnelle und zielgenaue Impfen nach der Bundesimpfverordnung in Berlin auch umzusetzen.

Dazu kann ich hier auch Erfolge vermelden: Sie wissen, dass wir sowohl bei den Menschen in den Pflegeheimen als auch in den Krankenhäusern, bei den Pflegekräften, bei den Älteren in unserer Gesellschaft, sehr gute Impfquoten haben und dass es für den Senat, neben der Eindämmung, neben den Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger, tatsächlich etwas ganz Zentrales ist, im Impfmanagement erfolgreich zu sein und einen Impfschutz so früh es geht, mit Verfügbarkeit des Impfstoffes, sicherzustellen.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin, ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pieroth zulassen.

Senatorin Dilek Kalayci (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung):

Nein, danke schön!

[Heiko Melzer (CDU): So schätzen Sie die Hinweise aus dem Parlament!]

Dieser Dreiklang hat eine weitere Säule, und das heißt, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger zu mildern. Da hat der Senat nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch in Berlin sehr gut Geld in die Hand genommen und investiert, damit die

(Senatorin Dilek Kalayci)

Folgen für die Menschen gemildert werden, die wir auch im Senat neben den Eindämmungsmaßnahmen permanent im Blick haben.

Unsere Rechtsverordnung hat tatsächlich eine neue rechtliche Grundlage bekommen; das ist der § 28a des Infektionsschutzgesetzes. Ich will das als Grundlage hier noch mal verdeutlichen: Dort ist verankert, dass bei einer Sieben-Tages-Inzidenz über 50 bundesweit möglichst einheitliche Strategien erfolgen sollen. Diese bundesweit einheitliche Strategie ist aus zweierlei Gründen wichtig: um infektiologische Wechselwirkungen zwischen den Regionen zu begrenzen, aber auch, um die Akzeptanz für die gesamte Bevölkerung zu erhöhen.

Deswegen bin ich auch froh, darauf hat unser Regierender Bürgermeister von Beginn der Pandemie an gesetzt, dass wir bundeseinheitliche Lösungen, dass wir ein abgestimmtes Vorgehen auf Bundesebene haben. Genau in dem Zusammenhang ist der heute zu beratende und Ihnen zur Kenntnis gegebene MPK-Beschluss vom 10. Februar zu verstehen. Darauf ist der Regierende Bürgermeister am Donnerstag ausführlich eingegangen. Das ist die Grundlage für unsere Rechtsverordnung, die der Senat am Donnerstag beschlossen hat, gewesen.

[Unruhe]

§ 28a Infektionsschutzgesetz macht aber auch weitergehende Vorgaben, was Schwellenwerte und Schweregrade angeht, für zu ergreifende Maßnahmen. Auch dafür gibt es Vorgaben. Denn ab der Inzidenz von 50 sind umfassende Schutzmaßnahmen zu treffen.

[Sebastian Czaja (FDP): Reden Sie mal von unter 50!]

Das bedeutet, dass das öffentliche Leben weitgehend zum Stillstand gebracht werden muss, aber eben auch die Leitplanken bei Inzidenzen von 35 bis 50, auch da sollen breit angelegte Schutzmaßnahmen getroffen werden.

[Paul Fresdorf (FDP): Ausnahmen
oder Einschränkungen?]

Das heißt im Umkehrschluss oder wenn man das weiterdenkt, dass einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens wieder geöffnet werden. Aber wenn man diese Paragrafen weiterdenkt, dann bedeutet das, dass auch unter der Sieben-Tage-Inzidenz von 35 selbstverständlich noch weitere Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

Die Wahrung der Verhältnismäßigkeit, was Lockerungen angeht, dass es hier stufenweise gehen soll, ist ganz im Sinne der Berliner Politik. Wir haben sehr frühzeitig objektive Indikatoren entwickelt, transparent gemacht. Das ist unser Ampelsystem, zu sagen: Wenn es um Schutzmaßnahmen oder Lockerungen geht, dann haben wir nachvollziehbare Indikatoren für die Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht. Diese Schwellenwerte von 50, 35 und auch darunter,

[Franz Kerker (AfD): 10 am besten!]

müssen wir in beide Richtungen denken. Einmal, wenn das Infektionsgeschehen aus dem Ruder läuft, Gefahr vorhanden ist, dass man dann die Schutzmaßnahmen einführt, aber auch umgekehrt, wenn man eine gewisse Sieben-Tages-Inzidenz unterschritten, nachhaltig unterschritten hat, dass man dann auch wieder schrittweise in Richtung Lockerungen denken kann.

[Unruhe]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Czaja von der FDP-Fraktion zulassen.

Senatorin Dilek Kalayci (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung):

Nein! – Berlin hat mit Eindämmungsverordnungen ein Jahr Erfahrungen, auf die wir zurückblicken können. Ich möchte auf die beiden Lockdown-Entscheidungen des Senats hinweisen. Wir haben am 14. März 2020 bereits unsere ersten Lockdown-Rechtsverordnungen auf den Weg gebracht. Es ist vielleicht sehr interessant, dies mit dem Lockdown light und dem jetzigen Lockdown zu vergleichen, mit dem, was wir seit November 2020 auf den Weg gebracht haben.

[Unruhe –
Tino Schopf (SPD): Psst!]

Ich will zurückblickend sagen, dass beide Lockdownmaßnahmen Erfolge gezeigt haben. Beide Lockdowns haben gezeigt, dass die Maßnahmen richtig sind und vor allem auch wirken.

[Franz Kerker (AfD): Existieren
vernichtet, oder was?]

Wir haben bereits in dem ersten Lockdown bei einer Inzidenz von unter 7 Maßnahmen beschlossen. Wir haben dann gesehen, dass die Mobilität stark abgenommen hat, wir haben gesehen, dass auch das Infektionsgeschehen entsprechend stark abgenommen hat. Beim zweiten Lockdown haben wir es stufenweise gemacht und haben gesehen, dass die Reaktionszeit viel länger ist. Deswegen sind wir auch in der Situation, dass wir anhand dessen, was wir an Einschränkungen beschlossen haben und wie sich dies auf das Infektionsgeschehen ausgewirkt hat, Erkenntnisse haben. Aus diesen Erkenntnissen können wir schöpfen, wenn es um weitere Maßnahmen in der Zukunft geht.

Was haben beide Lockdowns als Grundlage, als Basis gehabt? – Das ist die oberste Prämisse, die Kontakte einzuschränken, die Kontakte zu reduzieren und die Anlässe für Kontakte zu reduzieren. Am Ende hat es funktioniert, dass die Mobilität heruntergegangen ist, die Kontakte heruntergegangen sind und damit auch die Infektionszahlen.

(Senatorin Dilek Kalayci)

Wenn der Senat diese Rechtsverordnung beschließt und Ihnen heute vorlegt, dann machen wir das natürlich im Zuge der Lageeinschätzung. Ja, die Inzidenz ist in den letzten Tagen und Wochen sehr deutlich zurückgegangen. Das ist ein Erfolg, auch ein Erfolg der Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen, die der Senat beschlossen hat. Sie wirken. Wenn wir daran erinnern, dass am 18. November 2020 Berlin eine Inzidenz von 238,5 hatte und wir jetzt von 59,3 reden, dann sehen wir, welchen weiten Weg wir schon hinter uns gelassen haben und wie gut die Berlinerinnen und Berliner diese Maßnahmen verinnerlicht, in ihren Alltag integriert haben, so schwer es für viele auch ist. Trotzdem haben die Berlinerinnen und Berliner sehr diszipliniert mitgemacht, und diesen Erfolg muss man an dieser Stelle auch ganz klar unterstreichen.

Wir haben aber immer noch Verstorbenenraten, die in den letzten Tagen und Wochen gestiegen sind. In Berlin liegen wir bei 2,1 Prozent, bundesweit beträgt die Rate 2,8 Prozent. Wir spüren anhand der Dynamik, dass sich die Abnahme abschwächt. Unsere Ampel zeigt Grün, Rot, Gelb – Rot immer noch bei der Inzidenz, Gelb bei der ITS-Belastung der Krankenhäuser, da sind wir bei 23,7 Prozent. Ja, wir haben die rote Fläche verlassen, aber die Lage in den Krankenhäusern ist nach wie vor sehr angespannt. Hier kann ich Ihnen auf jeden Fall keine Entwarnung mitteilen.

Das RKI schätzt das Infektionsgeschehen nach wie vor als diffus ein. Die Infektionsquellen sind das Umfeld des privaten Bereichs, nach wie vor. Wir haben sehr hohe Infektionszahlen in den Bereichen Altenpflege, Krankenhäuser gehabt. Aber es bleibt Top 1: Infektionsumfeld privater Kontext. Der RKI schätzt die Gefährdung für die gesamte Bevölkerung nach wie vor sehr hoch ein, trotz der abnehmenden Infektionszahlen. Sie kennen das Thema: Wir haben die Virusvarianten auch in Berlin, inzwischen 405 Fälle, die in Berlin bekannt geworden sind. Mein Austausch mit den Laboren zeigt, dass der Anteil der Virusvarianten an den positiven PCR-Tests über 10 Prozent liegt. Auch bundesweit wird damit gerechnet, dass dieser Anteil steigend ist. Wir haben auf der einen Seite sinkende Infektionszahlen, aber bei diesen steigt der Anteil der Virusmutanten. Das können wir nicht ignorieren. Deswegen müssen wir hier davon ausgehen, dass das, was wir in anderen Ländern beobachtet haben, wenn die Virusvarianten dann die Dominanz, die Führerschaft übernehmen, dass wir dann eine andere Dynamik im Infektionsgeschehen bekommen können. Deswegen schätzen wir im Senat das Risiko, was das Thema Virusvarianten angeht, als sehr hoch ein und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir trotz sinkender Infektionszahlen unsere Maßnahmen in Berlin auch weiter für drei Wochen verlängern wollen.

[Frank Scheermesser (AfD): Ja, und dann noch mal drei Wochen, noch mal drei Wochen!
Bis der Letzte zumacht!]

Unsere Infektionsschutzverordnung trifft Maßnahmen, die ihre Grundlage in § 28a haben. Als wir den ersten Lockdown gemacht haben, die Maßnahmen getroffen haben, gab es diese Grundlage nicht. Für mich ist es eine Bestätigung im Nachhinein, denn in § 28a werden ja auch explizit Maßnahmen genannt, die Sie in unserer Rechtsverordnung finden. Es ist das Thema Kontaktbeschränkung, das ist aus meiner Sicht die wichtigste Säule, dass wir die Infektionszahlen runterbekommen haben, dass Menschen verstanden haben, dass sie ihre privaten persönlichen Kontakte auf das Minimum reduzieren müssen, dass man sich eben nicht mehr in Gruppen trifft, dass man sich nicht mit immer wechselnden Freunden trifft. Deswegen ist unsere Regelung genau richtig gewesen. Wir brauchen diese Regelung noch drei Wochen, dass man sich beschränkt auf den eigenen Haushalt, maximal eine Person mehr.

Auch das Grundprinzip, in der eigenen Häuslichkeit zu bleiben und nur, wenn man einen triftigen Grund hat, die Wohnung zu verlassen, ist richtig. Das ist auch bei einer Inzidenz über 50 über § 28a Infektionsschutzgesetz gedeckt. Auch das haben viele Berlinerinnen und Berliner Gott sei Dank schon verinnerlicht, dass man sich einfach beschränkt bei der Mobilität auf ganz wesentliche Dinge, die einfach unverzichtbar sind.

[Gunnar Lindemann (AfD): Das ganze Leben verbieten!]

Unsere Verordnung regelt Abstandsregelungen, das Tragen von Mund-Nasen-Schutz, auch medizinische OP-masken sind in bestimmten Bereichen verbindlich vorgeschrieben. Schutz- und Hygieneregeln, es werden für Sport, Kultur, Freizeit, Einzelhandel und Tourismus ganz klare Verbote ausgesprochen. Wir haben, was den Verkauf und Konsum von Alkohol angeht, eine klare Regelung in unserer Schutzverordnung. Erwähnen möchte ich auch zwei Bereiche, die ganz wesentlich sind, denn der Grundgedanke unserer Rechtsverordnung ist, dass man die Anlässe, um irgendwohin zu gehen, Menschen zu treffen, Kontakte zu produzieren, dass diese Anlässe abgeschafft und reduziert werden.

[Unruhe]

Deswegen ist das Thema Homeoffice sehr zentral in unserer Rechtsverordnung, hier auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen, damit Menschen nicht unnötig in der Stadt unterwegs sind, sich Infektionsrisiken aussetzen, das ist deshalb in unserer Rechtsverordnung verankert.

Der letzte Punkt ist das Thema Reisen. Wir sagen: In dieser Zeit ist Reisen nicht angesagt. Wenn ich mir die Mutantenfälle in Berlin anschau –

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin, einen kleinen Moment! Meine Herren von der AfD – heute sind ja nur die Männer da, deswegen

(Präsident Ralf Wieland)

kann ich das mal so sagen –, es wäre nett, wenn Sie die Lautstärke mal ein bisschen reduzieren. Wenn es Sie nicht interessiert und Sie sich untereinander unterhalten wollen, können Sie das gerne draußen machen. Es stört. Es stört wirklich.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Zuruf von der AfD: Wir kommentieren das nur! –
Carsten Ubbelohde (AfD): Es interessiert uns sehr wohl, im Gegenteil! –

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Gehen Sie zu Ihren Frauen nach Hause!]

Frau Senatorin, setzen Sie fort!

Senatorin Dilek Kalayci (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Das Thema Reisen ist auf Bundesebene ein sehr bestimmendes Thema. Ich will es Ihnen aber auch aus Berliner Sicht mitteilen: Wenn ich mir die Mutantenfälle in Berlin anschau, dann stelle ich immer wieder Reiseanamnese als Ursache, dass die Mutanten einen Einzug nach Berlin gefunden haben, fest. Ich habe wirklich kein Verständnis für Menschen, die in dieser epidemiologischen Lage in Berlin, in Deutschland, in der Welt, zur Zeit reisen, und sich selber und andere damit in Gefahr bringen.

[Gunnar Lindemann (AfD): Wie die Berliner Mauer früher! –

Mario Czaja (CDU): Waren Sie damals da?]

Diese Einschränkungen – drei weitere Wochen – sind natürlich für die Berlinerinnen und Berliner eine Zumutung. Ich möchte gerne vom Senat um Geduld, um Unterstützung und um Verständnis bitten, dass wir diese weitgehenden Einschränkungen für die Berlinerinnen und Berliner noch drei weitere Wochen aufrechterhalten wollen. Ich habe die Gründe und die Erwägungen und Abwägungen, die uns zu dieser Entscheidung geführt haben, hier dargelegt. Aber selbstverständlich müssen wir uns auch Gedanken machen: Wo stehen wir epidemiologischen nach drei Wochen Lockdownverlängerung? Wie sieht da die epidemiologische Lage aus? Haben wir mehr Erkenntnisse, was die Dynamik aufgrund der Virusvarianten angeht? Wo stehen wir da? Das wird die entscheidende Frage sein, und ich kann selbstverständlich auch verstehen, dass es hier im Parlament auch heute schon Anträge gegeben hat, was Lockerungen angeht. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns auch Gedanken machen, wie es weitergeht, wenn das Infektionsgeschehen unsere Zielmarken 50, 35 – und dann aber auch weiter darunter – erreicht sind.

[Sebastian Czaja (FDP): Dürfen jetzt Blumen auf dem Wochenmarkt verkauft werden oder nicht? Wir haben es Ihnen vorgelegt! Sie müssen nur zustimmen!]

Ich möchte schließen, indem ich Ihnen den Teil des Ministerpräsidentenkonferenzbeschlusses noch mal vortrage. Das ist auch das, was für den Senat die Richtlinie ist:

Öffnungsschritte müssen vor dem Hintergrund der Virusvarianten

vorsichtig und schrittweise erfolgen, um die erforderliche

Eindämmung des Infektionsgeschehens nicht durch ein erneutes exponentielles Wachstum der Fallzahlen zu riskieren. Niemandem wäre geholfen, wenn durch zu weitgehende oder zu schnelle Öffnungen erneute umfassende Einschränkungen des öffentlichen Lebens notwendig würden, weil das Infektionsgeschehen sich wieder beschleunigt.

Deswegen ist es auch wichtig, dass man sich – selbstverständlich abhängig von und in Kopplung mit Inzidenzen – heute schon Gedanken machen kann und muss, wie es insgesamt in den einzelnen Bereichen Richtung Lockerung gehen kann. Hier bereitet der Senat einen Stufenplan nach Clustern vor. Im Bildungsbereich ist es ja sehr transparent. Da ist es auch auf der Tagesordnung. Aber dass es für alle Bereiche diese Stufen geclustert gibt, abhängig von der Inzidenz, bereitet der Senat entsprechend vor.

[Andreas Wild (fraktionslos): Alchemie und Schamanismus! –

Zurufe von Heiko Melzer (CDU) und Franz Kerker (AfD)]

Insgesamt sagt dieser Ministerpräsidentenkonferenzbeschluss, aber auch die epidemiologische Lage: Wir sind noch nicht deutlich unter 50. Wir sind noch nicht nachhaltig unter 35. Deswegen sind diese Schutzmaßnahmen nach wie vor erforderlich, und ich bitte die Berliner Bevölkerung um Geduld und weiter um Disziplin. – Vielen herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Zuruf von der AfD: Unsinn!]

Präsident Ralf Wieland:

In der Aussprache beginnt die CDU. – Herr Kollege Dregger, Sie haben das Wort!

[Zuruf von der LINKEN: Dregger macht jetzt auch Gesundheitspolitik, oder was? –
Zuruf von der LINKEN: Maske nicht in den Mund!]

Burkard Dregger (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zum ersten Mal die Infektionsschutzmaßnahmen auf der Grundlage des Parlamentsbeteiligungsgesetzes.

(Burkard Dregger)

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Das ist zu begrüßen, denn wir haben dieses Gesetz verabschiedet, um die noch bessere Kontrolle durch das Parlament sicherzustellen. Was jetzt auffällt, ist, dass uns die heute vorliegende SARS-CoV-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung zur Kenntnisnahme und nicht zur Beschlussfassung zugeleitet worden ist. Hintergrund ist offenbar, dass Sie davon ausgehen, dass sie nicht die harten Grundrechtsbeeinträchtigungen enthält, die eine Zustimmungspflicht des Parlamentes auslösen. Wenn man genau nachliest, fällt das auf: Die Ausgangsbeschränkungen, die bisher geregelt waren, sind von Ihnen in eine Empfehlung, in eine Bitte umgewandelt worden.

[Anne Helm (LINKE): Sehr gut! Sehr gut! –
Frank-Christian Hansel (AfD): AfD wirkt!]

Ich möchte nur für die CDU-Fraktion darauf hinweisen, dass es wahrscheinlich klug wäre, wenn der Senat während dieser Plenarsitzung prüfen würde, ob die Regelung zu den Kontaktbeschränkungen nicht eine Zustimmungspflicht des Parlamentes auslöst, denn andernfalls laufen Sie Gefahr, dass Sie ohne Zustimmung dastehen, und dann Teile Ihrer Verordnung keine Wirksamkeit erhalten – deswegen dieser Rat. Wir als CDU-Fraktion werden uns diese rechtliche Prüfung vorbehalten.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Stefan Förster (FDP)]

Worum geht es in der Sache? – Gestern habe ich in meinem Kiez in der Residenzstraße in Reinickendorf einen guten Freund besucht, Norbert Raeder –

[Lachen bei der FDP und der AfD –
Zuruf von der LINKEN: Habt ihr auch
einen Brief geschrieben? –
Ronald Gläser (AfD): Einer von uns! –
Zurufe von Torsten Schneider (SPD),
Dr. Wolfgang Albers (LINKE),
Frank-Christian Hansel (AfD) und
Franz Kerker (AfD)]

Ja! Ich lade Sie alle ein, beim nächsten Mal mitzukommen. In normalen Zeiten betreibt er dort ein sehr beliebtes Tanzlokal: das „Kastanienwäldchen“. Seit Monaten ist es wegen der Pandemie geschlossen. – Ich freue mich, dass Sie jetzt alle wach geworden sind, und ich lade Sie herzlich in meinem Kiez ein.

[Unruhe]

Präsident Ralf Wieland:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte wieder um Ruhe und Aufmerksamkeit.

Burkard Dregger (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich erzähle Ihnen das, damit uns deutlich wird, dass das, was wir hier besprechen und beschließen, ganz gravierende Auswirkungen auf die Schicksale der Menschen unserer Stadt hat, und deswegen bitte ich Sie zuzuhören.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)
und Kay Nerstheimer (fraktionslos)]

Norbert Raeder hat die Türen seiner geschlossenen Gaststätte für frierende Obdachlose geöffnet. Er nimmt sie in diesen extrem kalten Nächten auf. Er hat Sachspenden gesammelt, und er verschenkt an die Bedürftigen warme Kleidung, warmes Essen und ein warmes Lächeln. Ich war auch bei meiner guten Freundin Silvia Cetin, deren schönes Café am Schäfersee nun schon so lange geschlossen hat. Sie, die wegen ihrer immerwährenden Hilfsbereitschaft im Kiez dort Mutter Teresa genannt wird, nutzt die Küche ihres Cafés am Schäfersee, um Obdachlosen warme Mahlzeiten zu kochen. Den Gastronomiebetrieben von Silvia Cetin und Norbert Raeder geht es wirtschaftlich nicht gut. Wie auch?

[Zuruf von der LINKEN]

Seit Monaten haben sie geschlossen. Mit Außenhausverkauf versuchen sie, sich über Wasser zu halten. Und trotz all ihrer eigenen Sorgen und Schwierigkeiten bringen sie die Kraft auf, Obdachlosen zu helfen, denen es noch viel schlechter geht.

[Franz Kerker (AfD): Das gibt es seit
150 Jahren und jetzt bald nicht mehr,
dank der CDU!]

Wir können uns nur demütig vor dieser vorbildlichen Haltung, Kraft und Nächstenliebe verneigen, die Silvia Cetin, Norbert Raeder und wahrscheinlich auch eine ganze Menge anderer Menschen unserer Stadt derzeit zeigen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)
und Kay Nerstheimer (fraktionslos)]

Diese Erfahrungen zeigen: Jede Entscheidung in diesem Hohen Hause muss wohlbedacht sein. Wir müssen uns vor Augen führen, welche Folgen sie für die Menschen in unserem Lande hat. Wir müssen uns selbstkritisch fragen: Tun wir das Richtige? Die CDU-Fraktion, meine Fraktion, macht sich die Beantwortung dieser Frage nicht einfach. Wir halten uns vor Augen, dass die Intensivstationen unserer Krankenhäuser bis vor wenigen Tagen mit Coronaintensivpatienten vollliefen, die Durchführung anderer Operationen zurückgestellt wurde und die Gesundheitsämter die Nachverfolgung der Infektionsketten wegen Überforderung eingestellt haben. Wir standen kurz vor der Überforderung unseres Gesundheitssystems.

(Burkard Dregger)

[Zurufe von Frank-Christian Hansel (AfD)
und Franz Kerker (AfD)]

Die zunächst erfolgreiche Eindämmung des Coronavirus im letzten Jahr ist uns im letzten Herbst entglitten. Seitdem kontrollieren wir nicht mehr das Virus, sondern das Virus kontrolliert uns. Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Sie und andere Ministerpräsidenten haben inzwischen eingeräumt, dass Sie einen Fehler gemacht haben,

[Franz Kerker (AfD): Einen?]

als Sie der Warnung der Bundeskanzlerin im letzten Herbst nicht gefolgt sind und gegen den damals exponentiellen Anstieg der Infektionen nicht mit der erforderlichen Konsequenz vorgegangen sind. Es ehrt Sie, dass Sie das eingestanden haben.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Wo ist eigentlich die Grippe?]

Folgen dieses Fehlers waren unter anderem der Entfall des für den Einzelhandel so wichtigen Weihnachtsgeschäftes und der seitdem andauernde Lockdown mit all seinen schädlichen Folgen für Menschen und Unternehmen.

Wir müssen aus diesen Fehlern lernen, ebenso wie aus den Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht werden. Dann wird klar: Immer dort, wo die Schutzmaßnahmen zu schnell gelockert wurden, ist die Pandemie wieder schneller zurückgekommen – schneller, härter und länger andauernd, mit noch größeren Folgeschäden. Ein solches Szenario schadet unserem ganzen Land, unseren Menschen und unseren Unternehmen. Wir müssen uns also klar werden, erstens: Infektionskurven können schnell exponentiell wachsen, aber nur mühsam und langsam zurückgeführt werden; zweitens: Ein verfrühtes Öffnen führt in den nächsten Lockdown. Wenn alles kurze Zeit später wieder geschlossen werden muss, nützt das niemandem, auch keinem Unternehmen. Daher muss es unser vorrangiges Ziel sein, einen dritten Lockdown zu verhindern.

[Beifall bei der CDU –
Zuruf von Franz Kerker (AfD)]

Mühsam konnten wir mit dem zweiten Lockdown die Infektionszahlen wieder senken,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Auf null am besten!]

von einer Sieben-Tage-Inzidenz von fast 200 auf aktuell etwa 60. Das ist ein Erfolg, und diesen Erfolg verdanken wir der Geduld und der Disziplin der überragenden Mehrheit der Menschen in diesem Land.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Tobias Schulze (LINKE) und
Sabine Bangert (GRÜNE)]

Aber wir sind noch nicht über den Berg. Die Sieben-Tage-Inzidenz beträgt jetzt 60 und muss weiter runter, deutlich unter 50. Denn 50 ist – und das ist gerade auch

zu Recht angeklungen – ein falscher Hoffnungswert. Er steht für die Überforderung der Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung der Infektionsketten, er steht für den Kontrollverlust. Daher mag es nicht populär sein, aber es entspricht unserer Verantwortung, jetzt keine trügerische Hoffnung zu verbreiten, insbesondere denjenigen gegenüber, die von den Infektionsschutzmaßnahmen besonders betroffen sind. Wir müssen klar sagen, dass wir zu einem wesentlich niedrigen Infektionsniveau kommen müssen, damit die Öffnungen, die wir alle herbeisehnen, auch dauerhaft Bestand haben, damit sie verlässlich und bleibend sind. Genau darauf kommt es an.

Wir begrüßen es, dass sich die Ministerpräsidenten entgegen einzelner Ankündigungen aus ihren Reihen auf Veranlassung der Bundesregierung dazu durchgerungen haben, jetzt nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben. Wir wollen keinen dritten Lockdown, wir wollen keine Fehler mehr wie im letzten Herbst. Wir haben aber auch klare Erwartungen an den Senat, damit die ersehnten Öffnungen auch in Berlin erfolgen können. Öffnungen führen zu mehr Kontakten und zu einem höheren Infektionsrisiko. Sie tragen das Risiko einer dritten Welle in sich, daher müssen Sie die Fähigkeiten zur Eindämmung lokaler Infektionsherde verbessern, und das haben Sie bisher weitgehend verschlafen. Die Gesundheitsämter sind endlich zu digitalisieren und die Nachverfolgung zu stärken. Wie kann es sein, dass die Gesundheitsämter nach elf Monaten immer noch von der großartigen Unterstützung unserer Bundeswehr abhängig sind?

[Zurufe von Carsten Ubbelohde (AfD)
und Katina Schubert (LINKE)]

Was ist mit unseren Schulen? Deren Öffnungen wollen Sie bereits am 22. Februar beginnen. Schulen dürfen nicht Infektionsherde werden, und wenn Infektionen auftreten, müssen sie sofort erkannt und wirksam eingedämmt werden können. Daher erwarten wir als CDU-Fraktion – und dazu haben wir heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht –, dass Sie unsere Schulen pandemischer machen, bevor Sie sie öffnen. Das ist Ihre Verantwortung. Da müssen Sie sich einmal ganz tief in die Augen sehen und ehrlich sagen: Haben Sie denn inzwischen dafür gesorgt, dass Infektionen an Schulen vermieden werden? Haben Sie schon dafür gesorgt, dass Infektionen schnell erkannt und wirksam eingedämmt werden können? – Das hätte doch längst passieren müssen.

Deswegen frage ich Sie heute wieder, so wie die CDU-Fraktion Sie das bereits seit elf Monaten, seit Beginn der Pandemie fragt: Erstens: Haben Sie denn sichergestellt, dass ab dem 22. Februar alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Lehrkräfte in den Klassenstufen mit Präsenzunterricht mindestens zweimal wöchentlich Schnelltests vornehmen können? Ist das jetzt sichergestellt?

(Burkard Dregger)

[Carsten Schatz (LINKE): Haben Sie schon dafür gesorgt, dass Schnelltests zur Verfügung stehen? – Zuruf von Silke Gebel (GRÜNE)]

Zweitens: Haben Sie die Voraussetzungen geschaffen für einen wöchentlichen Wechselunterricht mit maximal 15 Schülerinnen und Schülern in einer Klasse? – Drittens: Haben Sie dafür Sorge getragen, dass Lehrerinnen und Lehrern, aber auch Schülerinnen und Schülern altersgerechte medizinische Masken zur Verfügung stehen? – Viertens: Haben Sie dafür gesorgt, dass ab dem 22. Februar Luftreiniger und CO₂-Messgeräte in allen genutzten Klassenräumen vorhanden sind?

[Zuruf von Lars Düsterhöft (SPD)]

Fünftens: Haben Sie dafür gesorgt, dass der digital teilnehmende Klassenteil dem Unterricht per Streaming folgen kann? – Kurzum: Haben Sie dafür gesorgt, dass unsere Schulen pandemiesicher sind?

Diese Fragen stellt die CDU-Fraktion nicht erst seit heute, und es ist uns völlig unerklärlich, warum heute, elf Monate nach Beginn der Pandemie, nach allem, was wir wissen, diese Voraussetzungen immer noch nicht getroffen worden sind.

[Beifall bei der CDU]

Der langfristig größere wirtschaftliche Schaden entsteht nicht durch konsequentes Handeln in der Krise, sondern der langfristig größere Schaden entsteht durch inkonsequentes Lavieren, er entsteht durch eine unverantwortliche Verlängerung der pandemischen Gefahren. Der deutsche Nationaldichter Johann Wolfgang von Goethe sagte schon einst:

der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.

[Hakan Taş (LINKE): Herr Dregger, wer hat nun die Rede geschrieben?]

Nur konsequentes Handeln führt zum Erfolg, nicht unsicheres Lavieren und Inkonsistenz.

[Carsten Ubbelohde (AfD): CDU abwählen! – Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Dregger, Sie müssen zum Ende kommen!

Burkard Dregger (CDU):

Herr Präsident! Sofort! – Abschließend: Am schlimmsten und am unnötigsten sind die Schäden, die wir selbst verursachen, die aus Inkonsistenz erwachsen, insbesondere, wenn nach schlecht vorbereiteten Schulöffnungen alles wieder heruntergefahren werden muss. Deswegen fordere

ich Sie noch einmal auf: Machen Sie die Schulen pandemiesicher, und dann öffnen Sie sie! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU – Frank-Christian Hansel (AfD): Unfassbar!]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt für die SPD-Fraktion Herr Saleh. – Ach nein, Herr Schneider! Entschuldigung! Dann Herr Kollege Schneider! Bitte schön!

[Frank-Christian Hansel (AfD): Besser ist es! Der kann es wenigstens, der Schneider! – Weitere Zurufe von der AfD]

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt zwei Strategien, mit einer Pandemie umzugehen: Die eine Strategie ist die mit ihr, und die andere ist die, die dazu führt, dass wir ohne sie leben können.

[Zuruf von Florian Kluckert (FDP)]

Dieses Haus hat diesbezüglich eine klare Beschlusslage. Heute vor ungefähr einem Jahr hat der Deutsche Bundestag einen Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Spahn zur Kenntnis erhalten, § 5 des Infektionsschutzgesetzes zu ändern, und im März beschlossen. Damit ist der Bundesgesundheitsminister in der Lage, weltweit die Pandemie zu beenden, indem er hätte seit einem Jahr die in der Phase drei befindlichen Impfstoffkandidaten komplett aufkaufen können, und indem er hätte dafür sorgen können, dass heute Deutschland vollständig immunisiert wäre.

[Georg Pazderski (AfD): Ist die SPD nicht im Kabinett? Ist die SPD nicht in der Regierung? – Frank-Christian Hansel (AfD): Hätte, hätte, Fahrradkette!]

Jetzt für Sie: Wir verteidigen die Freiheit Deutschlands am Hindukusch. Ich frage jetzt: Warum verteidigen wir das Leben und die Freiheit nicht im südlichen Afrika, in Brasilien oder in England? Auf welche Mutation wollen wir noch warten?

[Beifall bei der SPD und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – Frank-Christian Hansel (AfD): Mutationen gibt es immer! – Zuruf von der AfD: Sie regieren doch mit!]

Von diesem nur dem Bundesgesundheitsminister zugeschriebenen Recht hat er bis heute nicht Gebrauch gemacht. Dafür gibt es Floskeln, die die Gesellschaft ruhigstellen sollen. Vom Apfelkuchen haben wir schon gehört. Das ist Konzern-Sprech. Jetzt ist es eben ein Ikea-Regal. Und trotzdem bauen die Konzerne, die gesagt haben, sie können keinen Impfstoff herstellen – Sanofi in Frankfurt, Bayer in was weiß ich wo,

(Torsten Schneider)

[Zuruf von der AfD: Leverkusen!]

in Leverkusen,

[Georg Pazderski (AfD): Das hat man
nicht gelernt in der DDR!]

und auch Pfizer in Marburg und möglicherweise sogar in Dessau russische Impfstoffe. Diese Geschichte lässt sich also überhaupt nicht mehr erzählen. Es ist möglich, und es wurde versäumt, und deshalb haben wir einen Strategiewechsel nötig.

[Heiko Melzer (CDU): Von der SPD
kein Wort zur Berliner Verordnung!]

Wir leben mit der Pandemie, Kollege Melzer, und das ist eine falsche Strategie. Deswegen reden wir ja heute auch zu den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz, wir reden zu den Ergebnissen des Impfgipfels, wo uns gesagt wurde: Es wird alles schlecht. – Wollen Sie mit uns gemeinsam

[Stefan Evers (CDU): Nach Afrika reisen?]

im Mai oder im Juni eine Wette eingehen, was dem gesellschaftlichen Frieden in Europa und in Deutschland blüht, wenn wir die Bilder aus dem Pazifik, aus dem Atlantik und aus dem Mittelmeer sehen, wo diejenigen, die die Immunisierung ihrer Bevölkerung abgeschlossen haben, baden gehen, sich lieben und glücklich sind? Wollen Sie diesen gesellschaftlichen Frieden mit uns hier definieren, wenn es dann so weit ist, oder wollen Sie im Kleinklein verharren und Forderungen aufstellen, wie Sie das gerade gemacht haben, den Schulsektor betreffend, von denen Sie wissen, dass sie nicht erbringlich sind? Diese Frage ist adressiert und keine geringere.

[Mario Czaja (CDU): Wo waren Sie denn gestern? –
Zuruf von der CDU: Sie warten auf Ihren Senator! –

Tim-Christopher Zeelen (CDU): Nach dem
Berliner Desaster ist das absurd!
Da redet der Blinde von der Farbe!]

Das Ergebnis der letzten Kanzlerschalte war auch nicht das, was Sie, Herr Dregger, gerade hier vertreten haben. Bundeseinheitliche Regelungen gibt es zum Beispiel im Sektor Schule nicht mehr.

[Tim-Christopher Zeelen (CDU): Sie wollten öffnen!]

– Ja, Sie scheinen ja sehr nervös zu sein, wenn Sie so getroffen sind. – Im Sektor Schule entscheidet jedes Bundesland für sich. Übrig geblieben ist insoweit die Verlängerung der erforderlichen Maßnahmen, also der Strategie mit der Pandemie.

[Christian Gräff (CDU): Sie wissen doch
gar nicht, wovon Sie reden!]

Die SPD-Fraktion hat das abgewogen und ist zu dem Ergebnis gekommen: Das tragen wir mit, wir unterstützen den Senat bei diesem Weg, den wir aber nur als Weg der zweiten Wahl begreifen. – Die SPD-Fraktion hat auch andere Fragen abgewogen, auch die von Ihnen jetzt adressierte. Herr Dregger, ich weiß nicht, wen Sie da

persönlich gemeint haben in Ihrem Kiez, aber jeder hat ja seine Erfahrung. Ich will Ihnen meine gar nicht schildern. Aber eins ist doch klar: Was mich beeindruckt hat, waren unsere Bildungspolitikerinnen und -politiker, die Folgendes gesagt haben: Wir haben Kinder in den Schulen, 1. Klasse, 5. Klasse, 7. Klasse, die kennen noch nicht mal die Namen aller ihrer Klassenkameraden. Das ist mir sehr nahegegangen bei all der technokratischen Überlegung, die wir so haben.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Das ist ja auch
kein Wunder, ist ja keiner da!]

– Ach, reden Sie nicht von Schule, das würde ja sozusagen eine Affinität zur Bildung nahelegen! – Wir sehen, was das macht mit unseren Kindern, wenn die ihre Freunde treffen können, und deshalb hat unsere Abwägung ergeben: Wir warten nicht, bis wir bis zu 8 000 Lüftungsgeräte haben. Die CDU weiß doch ganz genau, dass das eine Mittelfrist-Perspektive ist. Wir gehen jetzt – und da war ja am Donnerstag das Thema: Warten auf Godot – in das Risiko und warten auf Jens Spahn,

[Lachen bei der CDU]

damit die bis zu 10 Millionen Schnelltests auch als Selbsttest anwendungsbereit sind.

[Zurufe von der CDU]

Die Gesundheitssenatorin, dieser Senat hat dafür Vorsorge getroffen. Anderthalb Millionen haben wir schon. Und deshalb haben wir uns mit der Koalition in einem sehr gründlichen Abwägungsprozess darauf verständigt, mit den Klassenstufen 1 bis 3 in die Schule gehen zu können. Ihr Antrag wird dieser Abwägung nicht gerecht.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Und was ist das, was da so gespielt wird? Die Bundeskanzlerin moniert und Sie monieren jetzt: Hättest du mal meinen Rat befolgt und dieses und jenes, und es wäre nicht schlimmer gewesen. – Hätten wir Impfstoff, bräuchten wir keine Kanzlerschalten, und dann bräuchten wir nicht wie im Mittelalter soziale Kontakte zu minimieren. Das ist doch die nackte Wahrheit, und sie wird jetzt auch jedem – das ist nur eine Frage der Zeit – am eigenen Leibe, bei der eigenen Gesundheit, bei seiner und der seiner Verwandten immer klarer.

[Lachen bei der AfD –
Franz Kerker (AfD): Sie wissen schon,
dass Sie mitregieren?]

– außer Sie, die das natürlich leugnen und nach wie vor für einen Schnupfen halten.

[Dirk Stettner (CDU): Wirklich billig! –
Zuruf von der CDU: Das ist wirklich Populismus! –
Christian Gräff (CDU): Dumm! –
Heiko Melzer (CDU): SPD-Minister im Bund
müsste man haben!]

(Torsten Schneider)

Und nun bleibt davon Folgendes übrig: Ja, wir machen Friseure auf. Das ist richtig, das unterstützen wir.

[Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD)]

– Wie bitte? Sagen Sie es ruhig noch mal, damit es alle hören. Das bereichert das Haus.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Sie jagen Geister und reden von Dummheit!]

– Ja, sehr schön. Sagen Sie ruhig noch mal „Dummheit“, dann ist das auch klar adressiert. Ich meine, man kann das ja auch so sehen: Es ist eine selbsterfüllende Prophezeiung.

[Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Wir sind der Auffassung – und das ist doch jetzt auch keine Einzelmeinung –, dass der Bund Verantwortung übernehmen könnte. Gucken Sie mal ins Grundgesetz: Artikel 74, Abs. 2, Ziffer 19. – Das sagt ja nicht Schneider, das sagt der Berater, der die Bundesrepublik beim Bundesverfassungsgericht vertritt. Er will es nicht. Geteilte Verantwortung in einer Strategie, die absehbar bis in den Herbst einen mehr oder weniger robusten Lockdown erforderlich macht – – Eine solche Strategie wird diese Gesellschaft nicht aushalten, und das ist das große Problem. Und das fällt auf Sie zurück. Natürlich geht es da auch um die Impfstoffbeschaffung. Was sind denn bitte 3 Milliarden Euro? Eine Europafrage ist das nicht, es ist eine Preisfrage. 3 Milliarden Euro! 30 hätten für die ganze Welt gereicht. Bis zu 30 Billionen Euro wird die Strategie mit der Pandemie kosten, also Faktor 1 000. Das ist doch alles abenteuerlich, was wir uns hier erlauben.

[Zurufe von der CDU und der FDP]

Alles CDU! Alles CDU: Spahn, Merkel, von der Leyen, selbst die verantwortliche Europäerin ist Christdemokratin!

[Heiko Melzer (CDU): Unsinn! –
Weitere Zurufe von der CDU]

Das werden Sie doch nicht los, und da können Sie hier reden, was Sie wollen.

[Zuruf von der CDU: Das ist die Berliner SPD! –

Heiko Melzer (CDU): Vor allem Demut und Bescheidenheit! –

Weitere Zurufe –
Unruhe]

Präsident Ralf Wieland:

Ich bitte um etwas Ruhe. Sie kommen ja auch noch dran. Sie können ja auch eine Zwischenfrage oder Kurzintervention machen.

Torsten Schneider (SPD):

Vielen Dank für Ihre Fürsorge, Herr Präsident! Aber mich inspiriert das ja, wenn das hier lebhaft ist, da brauche ich jetzt keinen Schutz.

Wir begrüßen ausdrücklich, und das halten wir auch für erforderlich – – Hören Sie gut zu, da können Sie etwas lernen! Wir begrüßen ausdrücklich, was die Senatorin gesagt hat, dass nämlich der Senat sich auf den Weg macht, eine echte anhand objektiver Kriterien belastbare Öffnungsstrategie zu entwickeln und hier mit uns in diesem Parlament zu diskutieren.

[Lachen bei der AfD –

Paul Fresdorf (FDP): Jetzt schon? –

Mario Czaja (CDU): Aha, er macht sich auf den Weg!]

Und das ist auch der Grund, Herr Kollege Czaja, warum wir Ihren diesbezüglichen Antrag nicht in einer Sofortabstimmung abgelehnt haben. Wir sind nämlich nicht mit jedem einzelnen Punkt einverstanden, aber die systemische Frage hätten wir mit abgelehnt, und wir sind eher der Meinung, dass es ein kluger Weg ist, den der Senat da einschlägt unter Einbeziehung der Fachressorts und was weiß ich, Frau Kollegin Pop im Wirtschaftssektor usw. usw. Das halten wir für richtig.

[Lachen bei der CDU –

Zurufe von der CDU und der FDP]

Es ist ein unvermeidbarer Weg, zu Öffnungen zu kommen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Da haben Sie völlig recht!]

Und ich glaube, Sie wissen, was das bedeutet, wenn jemand wie ich das sagt. Das ist ein unvermeidbarer Weg, weil die Wegstrecke bis zum Herbst, bis zum November gesellschaftspolitisch inakzeptabel ist. Und das wirft nur eine Frage auf, und die bleibt wieder bei Ihnen hängen, bei der CDU:

[Franz Kerker (AfD): Warum sind Sie noch in der Koalition?]

Sie müssen diesen Weg flankieren mit mehr Impfstoffen – die Länder sind dazu bereit –, denn das ist die einzige Alternative. Ansonsten werden Sie den gesellschaftlichen Frieden verspielen, und das wäre der größte Fehler, den ich jedenfalls in meiner politischen Laufbahn jemals sehenden Auges miterlebt habe. – Ich bedanke mich für Ihre freundliche Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Stefan Evers (CDU): Die peinlichsten Reden kommen zum Schluss! –

Kurt Wansner (CDU): Die Rede hat Ihnen Herr Saleh geschrieben!]

Präsident Ralf Wieland:

Für die AfD folgt dann Herr Pazderski.

[Unruhe]

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte wieder um die Aufmerksamkeit und etwas mehr Ruhe. – Bitte schön!

Georg Pazderski (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger! Die Verordnungen kommen und gehen, doch die Ratlosigkeit auf den Regierungsbänken bleibt hier wie im Bund. Dennoch hat sich etwas verändert. Es rumort im Volk. Nach über drei Monaten Dauer-Lockdown geht die Geduld der Deutschen zu Ende. Niemand versteht mehr, warum die für viele existenzgefährdenden Verbote bestehen bleiben sollen, und das, obwohl das Konzert der je nach Tagesmode wechselnden Mess- und Grenzwerte klar anzeigt: Es wird besser. – Das darf aber anscheinend nicht sein. Nun wird eine neue Gefahr heraufbeschworen, die Virusmutationen – Mutanten genannt, damit es bedrohlicher klingt. Doch die gab es schon immer und wird es auch immer geben. Heißt das dann: Lockdown für immer? – Die Logik hinter dieser Politik ist irrwitzig.

[Beifall bei der AfD]

Sie nimmt den Bürgern Mut und Hoffnungen und beraubt uns jeder Perspektive, jemals wieder aus der Krise herauszukommen. Wie wäre es denn mal mit positiven Gedanken,

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der SPD: Von der AfD?]

denn schließlich gibt es ja auch Erfolge. Unsere Wissenschaftler haben trotz Bürokratie und staatlicher Bevormundung neue Impfstoffe entwickelt. Dank hochmotivierter Ärzte und Pfleger ist eine Übersterblichkeit nicht erkennbar.

[Beifall bei der AfD]

Unser deutscher Mittelstand gibt trotz sozialistischem Gegenwind aus der Politik einfach nicht auf

[Tobias Schulze (LINKE): Und jetzt mal
Ihre Vorschläge, Herr Pazderski!]

und will seinen Kampf ums Überleben unbedingt gewinnen. Kurzum: Es gibt eine Zukunft ohne Apokalypse, wenn wir jetzt auf eine vernünftige Coronapolitik umschwenken.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Bravo! –
Stefan Franz Kerker (AfD): So ist es!]

Die Salamipolitik der Altparteien ist jedenfalls ungeeignet für jedwede positive Zukunftsvision und ein Beleg für die Unfähigkeit und Einfallslosigkeit der handelnden Personen. Zur Erinnerung: Anfang November 2020 haben uns Kanzlerin und Länderchefs erzählt, wir müssten jetzt

leider durch einen begrenzten Wellenbrecherlockdown hindurch. Wir müssten Restaurants, Hotels, Fitnessstudios, Kinos und Konzertsäle schließen, damit alle Weihnachten normal feiern können. – Maximale Verbote, null Wirkung, denn die Zahl der Infizierten erreichte an Weihnachten ihren Höhepunkt. Seit Mitte Januar sinkt die Zahl der Ansteckungen, aber warum? Wirkt jetzt plötzlich der Lockdown, nachdem er vorher effektlos verpufft war? Es bleiben erhebliche Zweifel, denn die wahren Gründe sind noch völlig unerforscht.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) –
Tobias Schulze (LINKE): Wo leben Sie denn,
Herr Pazderski? Haben Sie mal in Thüringen geguckt?]

Jetzt stehen wir vor der Frage: Wie gefährlich sind die neuen Virusvarianten wirklich? Wenn sie, wie behauptet, ansteckender sind, warum sinkt dann in Großbritannien die Zahl der neuen Coronafälle?

[Tobias Schulze (LINKE): Weil die im Lockdown sind!] Sind wir ehrlich, wir alle wissen es nicht, auch nicht die Wissenschaftler. Umso gefährlicher sind aber die stets wiederkehrenden Behauptungen aus den Reihen der Altparteien, man wisse genau, was man tue und sei auf dem richtigen Weg. Mit Verlaub: Das ist absoluter Unsinn.

[Beifall bei der AfD]

Der Irrweg „Lockdown für immer“ kann und darf nicht die Antwort sein. Eine gerade von der TU Berlin vorgelegte Studie gibt erste Hinweise, was vielleicht wirken könnte. Wer den Bericht liest, findet bestätigt, was wir immer gesagt haben. Die Schließung von Kinos, Theatern oder Konzertsälen Anfang November 2020 war unsinnig. Wir haben kaum etwas erreicht, außer Verzweiflung bei denen, die ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen verloren haben. Was dagegen helfen könnte, wäre eine konsequente Impfstrategie. Stattdessen herrscht ein totales Impfchaos, verschuldet von der EU, dem Bund und den Ländern.

[Beifall bei der AfD]

Wir als AfD fordern, dass jeder Impfwillige auch zügig geimpft wird. Doch davon ist Berlin weit entfernt. Bis Ende März werden bestenfalls die über 80-Jährigen geimpft sein. Die Unfähigen hinter diesem Politikversagen haben Namen: Ursula von der Leyen,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Oh ja!]

Angela Merkel, Jens Spahn und – auch wenn das der SPD nicht gefällt – auch Olaf Scholz.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der CDU]

Sie haben wieder einmal auf eine zum Scheitern verurteilte europäische Lösung gesetzt, statt unsere eigenen nationalen Interessen zu wahren. Es ist jämmerlich, dass wir beim Impfniveau in einer Liga mit Griechenland und Portugal spielen, während die USA, Großbritannien, aber

(Georg Pazderski)

auch Spanien und Italien uns weit voraus sind. Es ist ebenso jämmerlich, dass wir beim jetzigen Tempo knapp 1 200 Tage brauchen, bis 70 Prozent der Bevölkerung geimpft sind. Das wäre dann Ende Mai 2024.

[Heiterkeit von Stefan Franz Kerker (AfD)]

Gleichzeitig redet Olaf Scholz davon, dass Deutschland zur Apotheke der Welt werden soll. Der Regierende Bürgermeister will Berlin zur Gesundheitsmetropole machen. So reden nur Traumtänzer!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos und
Kay Nerstheimer (fraktionslos)]

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Bürger immer deutlicher erkennen, dass der Kaiser längst keine Kleider mehr anhat. Das bestätigt eine aktuelle Allensbach-Umfrage. 70 Prozent der Befragten haben Angst um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Wir sagen, was die Menschen denken: Gesundheit ist wichtig, aber längst nicht alles. Wir als AfD-Fraktion setzen gleichermaßen auf den Schutz der Gesundheit, die Wahrung der Freiheit und die Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Doch leider ist die politische Realität eine andere. Die Bürger erleben Tag für Tag Betriebsschließungen. Immer mehr Menschen treibt die Sorge um, nach Abklingen der Krise keinen Arbeitsplatz mehr zu haben oder zu finden. Wer soll künftig die Textilverkäuferinnen, Kellner, Köche oder Rezeptionisten noch beschäftigen? Sollen sie alle künftig mit Lieferwagen durch die Stadt fahren und Pakete von Versandhäusern verteilen? Soziale Gerechtigkeit geht anders. Inzwischen fragen sich viele Bürger und Berliner nicht mehr, wann alles wieder normal wird, sondern ob unser Leben überhaupt jemals wieder normal sein wird. Sie haben Existenzängste, und das zu Recht.

[Tobias Schulze (LINKE): Erst mal selber Vorschläge machen!]

Sie spüren: Wenn die Altparteienregierungen so weitermachen, werden auch die staatlichen Hilfen nicht ausreichen, um die vielen verlorenen Jobs zu retten. Vor allem Menschen ohne akademische Qualifikation, ohne fortgeschrittene Computerkenntnisse und ohne Spezialkenntnisse in Mangelberufen werden so dauerhaft abgehängt. Sie alle spüren schon heute, dass die Coronakrise und die Art, wie unsere Verantwortlichen sie bekämpfen, eine soziale Schieflage schafft, die kaum mehr zu korrigieren sein wird.

[Tobias Schulze (LINKE): Kommen die Vorschläge noch, oder?]

Das ist noch lange nicht alles. Eltern haben seit Monaten die schulische Bildung ihrer Kinder mitübernommen. Sie müssen das Onlinelearning überwachen, das Schulessen ersetzen und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt verdie-

nen, ob im Büro oder im Homeoffice. Wer kann diese Mehrfachbelastung dauerhaft schultern? Zusätzlich wächst die Sorge, dass das laufende Schuljahr umsonst war. Wichtige Lerninhalte wurden nur unzureichend vermittelt. Die Generation Corona wird dafür auf dem Arbeitsmarkt ihren Preis zahlen.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Auch das Miteinander und die Geselligkeit, die soziale Nähe und die soziale Gerechtigkeit gehen immer mehr verloren. Stattdessen beherrschen Verbote unseren Alltag. Misstrauen und Denunziantentum nehmen weiter zu, die Schwarzarbeit blüht. Unsere Polizisten werden missbraucht, um rodelnde Kinder zu verfolgen und Partys aufzulösen, anstatt Verbrecher zu jagen.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) und
Kay Nerstheimer (fraktionslos)]

Der Onlinehandel kommt mit den Lieferungen nicht mehr nach, während die mittelständische Traditionsfirma von nebenan für immer schließen muss. Das kann und darf so nicht weitergehen.

[Zuruf von Tobias Schulze (LINKE): Bingo!]

Wir als AfD-Fraktion sagen klipp und klar: Wagen Sie endlich den großen Schritt! Erlauben Sie nicht nur Friseuren, sondern allen Dienstleistern, ihre seit dem 2. November des letzten Jahres verbotene Arbeit wiederaufzunehmen. Jeder ist vorbereitet. Die Hygieneregeln sind bekannt und akzeptiert.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Wo ist also das Problem? Der Lockdown war von Anfang an falsch. Deshalb kann er auch sofort beendet werden, ohne Teilschritte oder Stufenpläne.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) –
Gunnar Lindemann (AfD): Bravo! –
Zuruf von Lars Düsterhöft (SPD)!]

Wir brauchen kräftige Impulse, um unsere Wirtschaft zu beleben und unser aller Leben wieder lebenswert zu machen. Wir werden dauerhaft mit dem Virus und seinen Mutationen leben müssen. Die deutschen Bürger sind sehr wohl in der Lage und diszipliniert genug, die Verantwortung für sich selbst zu tragen, ohne staatliche Bevormundung.

[Zuruf von Lars Düsterhöft (SPD)]

Sinnlose Verbote sind keine Lösung, und die schüchternen Beschlüsse der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten sind nicht einmal ein Anfang. Sie sind maximal ein kläglicher Versuch, die Bürger weiter hinzuhalten, zu entmündigen, mit bedrohlichen Zahlenreihen zu beunruhigen und sich alle Türen für weitere Verschärfungen offenzuhalten. Das lehnen wir ab!

(Georg Pazderski)

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Wir appellieren an die Vernunft der Menschen hier im Hause und an die Bürger überall im Lande. Die Zeit ist gekommen, die staatlichen Einmischungen endlich zu beenden. Wir müssen den Menschen endlich wieder die Chance geben, ihr Leben mit Corona selbst zu gestalten, von der eigenen Arbeit zu leben und wieder ein normales Leben zu führen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Kollege Schatz.

Carsten Schatz (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu meinem Vorrredner von rechts außen vielleicht nur so viel als Kommentar: Sie haben im Verlaufe dieser Pandemie Ihre Position so oft gewechselt –

[Lachen von Georg Pazderski (AfD) –
Georg Pazderski (AfD): Sie Schwätzer, Sie!]

und ich erinnere mich daran, dass man am Anfang der Bundesregierung aus Ihrer Sicht vorgeworfen hat, nicht konsequent genug zu sein. Dann waren Sie die Ersten, man höre und staune, die gefordert haben, die Grenzen wieder zu öffnen, dann wurden wir alle gechippt, dann wurde der Reichstag mit Ihrer Hilfe gestürmt und, und, und –, dass Sie als Ventilator dienen könnten.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN –
Carsten Ubbelohde (AfD): Sie sind offenbar
ein Impfopfer! –

Georg Pazderski (AfD): Da sieht man mal, wie schädlich
Kommunismus ist!]

Ich gestatte mir auch zwei Bemerkungen zur Rede des Kollegen Dregger: Sie haben aus meiner Sicht sehr richtig von Inkonsistenz gesprochen. Ich will Ihnen eine Frage stellen: Sie haben der Berliner Öffentlichkeit ein Papier vorgelegt – den Titel habe ich vergessen. Es war „Diet Covid“ –, nein: „Light Covid“ oder „Low Covid“;

[Sebastian Czaja (FDP): Low Covid! Zero Covid!]

ich weiß es nicht genau – und fordern kurz danach: Wir müssen auf eine Inzidenz unter zehn. Darüber kann man diskutieren. Dann fordern Sie aber wenige Tage danach, die Olympischen Spiele, die vielleicht nicht stattfinden, als nationaler Wettbewerb, als große Massenveranstaltung, in Berlin stattfinden zu lassen. Ich finde, das ist inkonsistent.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Im Übrigen sind nach unserer kurorischen Prüfung die Kontaktbeschränkungen von § 28a Abs. 2 – nein, keine Zwischenfrage – nicht erfasst, aber viel Spaß bei Ihrer parlamentarischen Prüfung dessen.

Ich finde: Ja, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, die Parlamentsbeteiligung wirkt. Ich hoffe darauf und freue mich darüber, dass die CDU das wahrscheinlich auch in andere Landesparlamente und in den Bundestag trägt, da gehört es nämlich auch hin.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Silke Gebel (GRÜNE)]

Ich möchte noch mal daran erinnern, was wir in den letzten Wochen seit Dezember geschafft haben – das ist hier auch schon angeklungen: Von einer Inzidenz von über 200 noch am 6. Januar sind wir heute bei 59 nach den Berliner Zahlen, 57 nach den Zahlen des Robert-Koch-Instituts. Bei der Belegung der Intensivbetten: Anfang Januar lag die bei 460 – die Ampel in Berlin war tiefrot. Wenn man jetzt bei DIVI nachschaut sind wir bei 275 belegten Intensivbetten.

Wir haben auch bei den Impfungen Erfolge erzielt: Insgesamt sind in Berlin 196 000 Impfdosen verabreicht worden, davon 128 000 als Erstimpfung – ein Großteil davon bei den Hochaltrigen und Pflegebedürftigen – und 68 000 Zweitimpfungen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Schauen Sie mal nach
Israel! Das ist doch albern!]

Es gilt, an der Stelle Danke an alle Beteiligten, die daran beteiligt waren, zu sagen. Danke an die Berlinerinnen und Berliner, die durch ihre Disziplin und ihr Beharrungsvermögen dazu beigetragen haben, dass wir bei diesen Zahlen sind.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Besonders danken möchte ich heute aber all den Menschen, die in den Impfzentren und in den mobilen Impfteams tätig sind. Ich finde, es ist sehr berührend zu lesen und zu erfahren, wie zufrieden viele Seniorinnen und Senioren mit der Organisation und mit der Behandlung vor Ort sind. Das ist in unserem Land keineswegs überall so. Dazu muss man nur mal in unser Nachbarland schauen. Ich finde: Ja, da funktioniert mal was in Berlin.

[Georg Pazderski (AfD): Hört sich an wie „Aktuelle
Kamera“! –
Zuruf von Anne Helm (LINKE)]

Manche mögen das kaum noch glauben, aber ich finde, das ist der Erwähnung wert, und darüber sollten wir uns freuen.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Torsten Schneider (SPD)]

(Carsten Schatz)

So sind wir sehr froh darüber, dass dieser Tage die zweite Impfung in den Pflegeheimen voraussichtlich abgeschlossen werden wird und dann mindestens 90 Prozent der Bewohnerinnen in den Berliner Pflegeheimen geimpft sind.

Die Wirksamkeit dieser Maßnahme ist bereits jetzt spürbar – nicht nur an der zurückgehenden Zahl schwerer Erkrankungen, auch insgesamt sinkt die Zahl von Infektionen in Alten- und Pflegeheimen von fast 2 000 Anfang Januar auf jetzt knapp 500. Ich hoffe, wir bekommen das mit der nun verbesserten Teststrategie noch besser hin und erreichen damit endlich wichtige Ziele der Pandemiebekämpfung, nämlich den Schutz der Menschen, die durch schwere und tödliche Verläufe der Infektion besonders gefährdet sind, damit die Entlastung unserer Krankenhäuser und vor allem derer, die seit Monaten Tag und Nacht im Einsatz sind.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

So wichtig diese Schutzmaßnahmen auch sind, letztlich werden sie nur dann funktionieren, wenn wir die Zahl der Infektionen insgesamt wieder senken. Da ist es jetzt so, dass wir noch nicht wissen, wie sich die Situation angesichts des Auftretens von offenbar ansteckenderen Mutationen entwickeln wird.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Nichtwissen darf nicht wissentlich Schaden anrichten!]

Wir wissen aber schon, dass die Zahlen, die wir Ende Januar hatten – 5,7 Prozent – und die Zahl, die uns die Gesundheitssenatorin heute genannt hat – 10 Prozent –, dass das eine Verdopplung ist, und ich finde, damit sollten wir auch umgehen. Ich wiederhole an dieser Stelle meine Position von Donnerstag: Es ist richtig, nicht zu schnell aus dem Lockdown herauszukommen, sondern das behutsam Stück für Stück zu tun und immer zu schauen, wie sich das auswirkt.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Deutschland schafft sich ab!]

Dass wir jetzt Friseursalons ab dem 1. März wieder öffnen, aber nicht auch andere körpernahe Dienstleistungen, ist sicherlich nicht einfach zu erklären. Wenn aber zu den Friseuren Hunderte Nagelstudios und Kosmetiksalons dazukämen, dann wäre das auch ein Stück zu viel, zu schnell.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Warum denn?]

Nicht: Warum die nicht auch? –, sondern höchstens: Warum ausgerechnet jetzt die? –, sollte aus meiner Sicht momentan die Frage lauten.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Die Steuer zahlt das Amt!]

Ein bisschen klarer lässt sich aus unserer Sicht die Frage bei der Schule beantworten. Mit der Rückkehr der Klassen 1 bis 3 fangen wir mit denjenigen Kindern an, für die Präsenzunterricht besonders wichtig und Homeschooling am wenigsten eine sinnvolle Alternative ist. Dennoch

bleibt Skepsis, auch wenn sich der Senat nunmehr in Abwägung der Folgen dafür entschieden hat. Aber so ist es nun mal: Wir müssen stets abwägen. Es ist legitim und auch richtig, nicht nur das Infektionsrisiko, sondern auch die Folgen für die Kinder und Eltern mit in die Waagschale zu werfen. Diese Aufgabe haben wir als Politikerinnen und Politiker, und die nimmt uns auch niemand ab.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ja, aber das habt ihr verpasst!]

Ich finde aber, wir können auch zur Kenntnis nehmen, dass jetzt mit den kleineren und festen Gruppen, mit Abstand, mit Lüftungsregeln und, wo das Fenster nicht aufgeht, mit Lüftungsgeräten, mit FFP2-Masken für Lehrerinnen und Lehrer und mit den ab nächster Woche verfügbaren Schnelltests eine Reihe von Schutzmaßnahmen getroffen sind, deren Wirksamkeit wir anschauen und bewerten müssen.

Ich hoffe, dass die Ankündigung aus der Pressekonferenz des Bundesgesundheitsministers von Freitag, die Tests schnell als Selbsttests auch für die Kids zuzulassen, auch umgesetzt wird. Hier können, wollen und müssen wir etwas lernen, aber – auch das ist eine gute Nachricht – auch wenn die Tests noch nicht als Selbsttests zugelassen sind: Sie sind nach Einweisung durch ein Video zur gegenseitigen Anwendung für Lehrerinnen und Lehrer und für Kitaerzieherinnen und -erzieher bereits zugelassen. Die Kanzlerin wies in ihrem Interview am Freitag im ZDF darauf hin. Dann nutzen wir das schnell mit Auslieferung der Testkits an die Schulen und Kitas und natürlich ab Zulassung als Selbsttest nach einer Videoeinweisung auch bei den Kindern. Jede gefundene Infektion ist besser als die Nichtdetektionen und bricht damit Infektionsketten.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Andreas Wild (fraktionslos): Augsburger Puppenkiste!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Schatz, ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Carsten Schatz (LINKE):

Nein danke! – Auch über die Frage von Prioritäten beim Impfen muss zu reden sein, wenn wir bestimmte Bereiche der Gesellschaft für unverzichtbar halten. Insofern ist die Ankündigung der Bundesregierung, Personal an Schulen und Kitas höher priorisieren zu wollen, zu begrüßen. Es darf aber auch nicht nur bei der Ankündigung bleiben. Ergo: Wichtig war uns, dass wir hier behutsam ein Stück vorangehen und erst mal schauen und nicht schon die nächsten und übernächsten Schritte ankündigen und ebenso, dass wir diesen ersten Öffnungsschritt begleiten, indem wir mehr FFP2-Masken und Testmöglichkeiten

(Carsten Schatz)

zur Verfügung stellen. Solche Maßnahmen stellen wir uns als Linke vor, wenn wir sagen, Solidarität muss organisiert werden – solidarisch mit den Kids, die endlich wieder den Kontakt zu Gleichaltrigen brauchen, solidarisch mit dem Personal in Kitas und Schulen, die verständlicherweise nach ihrem Schutz fragen.

Was mir in der aktuellen Debatte über mögliche Öffnungsschritte allerdings schon wieder zu kurz kommt, ist die Vorbereitung auf diese Öffnung. Denn die Absenkung der Infektionszahlen ist verbunden mit dem Ziel, die Pandemie beherrschbar zu machen. Als Linkenfraktion haben wir im vergangenen Herbst einen Zehn-Punkte-Plan mit Vorschlägen und Fragen auf den Tisch gelegt. Den zweiten Lockdown konnten wir damit leider nicht verhindern. Umso wichtiger ist es, dass wir die Fehler aus dem vergangenen Frühsommer nicht wiederholen, als zu viele angesichts sinkender Infektionszahlen schon glaubten, wir hätten es überstanden. Deshalb müssen wir jetzt darüber sprechen, wie wir die Gesundheitsämter so aufstellen, dass Infektionen schnell erkannt und Infektionsketten schnell durchbrochen werden. Wie steht es also um deren personelle, räumliche und IT-Ausstattung? Wir müssen jetzt darüber sprechen, wie wir klare, nachvollziehbare und für die gesamte Stadt einheitliche Regeln beim Umgang mit Infektionen aufstellen.

Klaus Lederer hat in einem Diskussionsbeitrag im „Tagesspiegel“ zu Recht darauf hingewiesen, dass mit dem Auftreten der Mutationen faktisch alle Hygienekonzepte in den verschiedensten Einrichtungen auf den Prüfstand gehören. Denn eines ist jetzt bereits klar: Die Frage ist längst nicht mehr, ob sich diese Mutanten hier ausbreiten, sondern nur noch, wann. Daran ändern auch verzweifelte Grenzschließungen nichts mehr.

Angeregt hat Klaus Lederer ebenso, dass wir darüber sprechen, wie die Schnelltests, die im ersten Lockdown noch nicht zur Verfügung standen, jetzt sinnvoll eingesetzt werden können, und wie wir mit dem Einsatz in Schulen und Kitas jetzt erste Erfahrungen sammeln und diese dann auswerten, als Türöffner für Kultur und Sport zum Beispiel. Genau darum muss es uns jetzt gehen: unser Leben so weit als möglich pandemiesicher zu machen. Wir müssen auch darüber reden, wie wir die Zeit nutzen, um das vor uns liegende Frühjahr und den Sommer vorzubereiten, also mehr Aktivitäten nach draußen zu verlegen, und das sinnvoll planen. Es liegt also noch Wegstrecke vor uns, bis wir diese Pandemie wirklich im Griff haben werden. Auch danach werden unsere Welt und unsere Stadt nicht einfach wieder so sein wie vorher.

Wir wissen jetzt, dass so etwas geschehen kann, und dass solche Szenarien nicht nur reine Theorie sind. Wir wissen aber auch, dass wir in der Lage sind zu handeln, dass Politik etwas bewirken kann. Vieles, von dem es lange Zeit hieß, das gehe nicht, oder das brauche Zeit, geht jetzt eben doch, und manchmal sogar schnell.

Ich finde, auch diese Erfahrung sollten wir aufnehmen und erweitern und an unserer Widerstandsfähigkeit oder auch Resilienz arbeiten. Bis dahin, liebe Berlinerinnen und Berliner bleibt es dabei: Halten wir Abstand zueinander, tragen wir medizinische Masken, halten wir uns an Hygieneregeln, nutzen wir die Corona-Warn-App, lüften wir regelmäßig, wenn wir uns drinnen aufhalten, und vor allem: halten wir die Zahl unserer physischen Kontakte zu anderen Menschen klein und überschaubar. Bei Letzterem kann auch ein kleines Notizbuch oder seit Anfang Januar die Corona-Warn-App helfen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber all das geht auch bei geöffneten Geschäften und Läden, Herr Kollege!]

Wenn wir solidarisch handeln und die Lasten der Krise und ihrer Überwindung gerecht verteilen, werden wir auch diese Krise meistern. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Georg Pazderski (AfD): Wirtschaftlich tot!]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt jetzt Kollege Czaja von der FDP-Fraktion.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Jetzt geht es weiter mit: Auf! –, aber auch: Nein!]

Sebastian Czaja (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Senatorin Kalayci! Sie haben heute Morgen weit über 20 Minuten zu aktuellen Rechtsverordnungen gesprochen, und, wie ich finde, Sie haben in Ihrem Redebetrag zu keinem Zeitpunkt deutlich gemacht, welche Strategie der Senat verfolgt, durch diese Pandemie in dieser Stadt zu kommen. Sie haben keine Öffnungsperspektiven, keine klaren Fahrplan, keinen Hoffnungsschimmer.

[Heiko Melzer (CDU): Sie hat gar nicht darüber gesprochen!]

Der Senat erfüllt aus meiner Sicht nicht einmal mehr das Mindestmaß dessen, was ein Krisenmanagement leisten müsste. – Das hätte ich mir heute Morgen erwartet in Ihren Ausführungen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Heiko Melzer (CDU): Hohe Erwartung!]

Man muss tatsächlich den Eindruck gewinnen, dass das Motto Ihrer Senatssitzungen möglicherweise nach wie vor heißt: Augen zu und Lockdown. – Wenn das die Richtschnur ist, mit der Sie ihre Senatssitzungen bestreiten, dann ist das elf Monate im Lockdown, elf Monate in Zeiten einer Pandemie schlichtweg zu wenig.

[Vereinzelter Beifall bei der FDP]

(Sebastian Czaja)

Wir erwarten mehr von Ihnen. Wir erwarten mehr von Ihnen, weil mehr möglich wäre. Ich bin dem Kollegen Schneider zumindest über den einen Satz in seiner Rede sehr dankbar, nämlich dem Hinweis darauf, dass es notwendig ist, sich mit der Frage auseinanderzusetzen: Wie lange müssen wir mit dieser Pandemie leben. – Wenn wir uns mit dieser Frage auseinandersetzen, dann muss man sich zwangsläufig mit der Frage von Hygienekonzepten, mit der Frage von Infektionsschutz, aber auch mit der Frage eines Stufenplans auseinandersetzen. Diesen Stufenplan, den haben wir Ihnen am Donnerstag vorgelegt. Wir haben am Donnerstag ein klares Angebot gemacht. Und weil der Kollege Kohlmeier unbedingt darauf bestanden hat, es noch einmal in Farbe zu sehen, lieber Sven Kohlmeier, habe ich es dir mitgebracht.

[Der Abgeordnete hält ein Schriftstück hoch. –
Beifall bei der FDP]

Dieser Stufenplan gibt genau die Möglichkeit, über die wir miteinander reden und sprechen müssten.

[Zuruf]

Der Stufenplan, den wir vorgelegt haben, ist genau das, was die Berlinerinnen und Berliner erwarten: ein verlässlicher Plan, der die Dinge regelt, aber auch Antworten auf Situationen gibt, die man im schlimmsten Fall eskalieren müsste. Deshalb bleibt am Ende dieser Tag heute eine verpasste Chance, um über einen Stufenplan zu sprechen und damit auch über ein verantwortungsvolles und verantwortungsbewusstes Lockern unter einem Inzidenzwert von 50. Wir machen Ihnen dazu heute konkrete Vorschläge. Wir nutzen das Parlamentsbeteiligungsgesetz genau in diesem Rahmen, mit Ihnen nicht über abstrakte Dinge zu reden, sondern über das Alltägliche, was die Berlinerinnen und Berliner in dieser Pandemie umtreibt

[Beifall bei der FDP]

So will ich Ihnen sehr deutlich machen und noch einmal Ihren Blick auf die heutigen Anträge richten: Wir schlagen Ihnen zum Beispiel vor, dass die Systemrelevanz als Kriterium für die Frage einer Betreuung in den Berliner Kitas nicht mehr das entscheidende Kriterium ist, sondern allein aus Kinderschutzgründen wir jedem, der sich möglicherweise durchaus auch mal überfordert fühlen darf in dieser Pandemie, die Möglichkeit geben, sein Kind in die Kita zu bringen.

[Senatorin Sandra Scheeres: Haben wir schon!]

Damit wollen wir heute anfangen und Ihnen die Möglichkeit geben.

[Beifall bei der FDP]

Deshalb ist unser Vorschlag, die entsprechende Systemrelevanz komplett abzuschaffen. Das wäre nämlich der Unterschied zu dem, was Sie vorgelegt haben.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Czaja! Ich darf Sie fragen, ob Sie einerseits eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gläser von der AfD-Fraktion zulassen, und zweitens von Frau Burkert-Eulitz von den Grünen.

Sebastian Czaja (FDP):

Ich lasse die Zwischenfrage von Frau Burkert-Eulitz gerne zu. Ich handhabe das nämlich wie die Senatorin es gesagt hat: Im Parlament redet man darüber,

[Ronald Gläser (AfD): Aber nicht mit jedem!]

und deshalb lässt man auch Zwischenfragen zu.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Burkert-Eulitz!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Vielen Dank, lieber Kollege Czaja! Wissen Sie, dass aus Überforderungssituationen, Kinderschutzgründen, also pädagogischen Hintergründen, die Notbetreuung heute schon möglich ist und seit Anbeginn der Pandemie möglich ist, sowohl in der Kita als auch in der Schule?

Sebastian Czaja (FDP):

Ja, das weiß ich. Deshalb habe ich gesagt: Wir gehen den Schritt weiter, Frau Kollegin Burkert-Eulitz. Wir gehen den Weg weiter, denn es geht darum, die Systemrelevanz nicht mehr als das Schlüsselkriterium zu sehen, sondern allen Kindern den Zugang zu den Kitas mit den entsprechenden Konzepten zu ermöglichen. Das ist der Antrag, der heute vorliegt. Darauf können Sie gern noch mal einen Blick werfen.

[Beifall bei der FDP –

Frank-Christian Hansel (AfD): Der Weg nach Jamaika ist lang, Herr Kollege! Jamaika ist weit weg!]

Wir haben Ihnen darüber hinaus ein weiteres Angebot gemacht. Für die kleinen Händler in unserer Stadt, die sich zu Recht die Frage stellen, weshalb jeder Supermarkt Blumensträuße verkaufen darf, aber es auf dem Wochenmarkt nicht möglich ist, was für ein Zeichen wäre es am Valentinstag, ein kleiner Strich in der Veränderung der Rechtsverordnung, wenn Sie das zulassen würden für unsere Kleinst- und Kleinunternehmer, für diejenigen, die auf den Wochenmärkten stehen und in einem Wettbewerb sind mit denen, die das ermöglicht bekommen. Hier machen wir Ihnen einen konkreten Vorschlag. Mit dem können Sie sich heute im Rahmen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes auseinandersetzen.

[Beifall bei der FDP –

Zuruf von Stefan Evers (CDU)]

(Sebastian Czaja)

Wir haben Ihnen darüber hinaus einen Vorschlag gemacht, wie wir mit der 15-Kilometer-Regelung umgehen wollen. Wenn etwas in dieser Pandemie gilt, dann doch das, Kontakte zu reduzieren und darüber nachzudenken, wie man Kontakte einschränkt, aber doch nicht die Frage, ob ich mich 15 oder 16 Kilometer entferne, um möglicherweise allein im Wald einen Spaziergang zu machen. Das ist doch völlig absurd. Genau das sind die Dinge, die in einer solchen Rechtsverordnung dazu führen, dass man sie als absurd empfindet und sich im Zweifel dann auch nicht daran hält, wenn es genau um die Belastungsprobe geht. Dann sind das die Punkte, die eher dazu führen, dass man sich nicht daran hält als dass man sich dran hält. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, das zu streichen.

[Beifall bei der FDP]

Es ist noch dazu ein wesentlicher Eingriff in die Freiheits- und Grundrechte. Wir legen Ihnen die Anträge deshalb vor, weil wir der Auffassung sind, dass man sich intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen muss.

Ein weiterer Punkt, den wir Ihnen vorlegen, ist die Frage: Wie gehen wir mit unserer Kultur um?

[Beifall bei der FDP –
Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)]

Herr Senator Lederer! Es geht um die Museen in unserer Stadt, es geht um die Frage der Öffnung und der Perspektive. Sie selbst haben immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Einrichtungen gut vorbereitet sind, dass die Hygienekonzepte, der Infektionsschutz und all die Maßnahmen, die wir überall einfordern, die gelernt sind und die gelebte Praxis sind, staatlicherseits in den Einrichtungen am Ende hervorragend wirken. Deshalb schlagen wir Ihnen eben auch das vor. Denn es ist nicht nachvollziehbar, wieso wir uns gerade in großen Museen nicht mit einem geordneten Zutritt in diese Einrichtungen den Schritt erlauben und damit den Berlinerinnen und Berlinern wieder ein Stück – ein Stückchen – Normalität zurückgeben. Ein Vorschlag unsererseits liegt vor. Sie könnten das in der Rechtsverordnung ändern.

[Beifall bei der FDP]

Dafür ist im Übrigen heute die Parlamentssitzung da. Denn wenn wir heute nur miteinander über das reden, was wir schon immer miteinander ausgetauscht haben, wenn wir Reden wie die von Herrn Schneider hören, die den Eindruck vermitteln, ausschließlich Jens Spahn wäre an der Katastrophe schuld und nicht die Sozialdemokratie, wenn wir Reden von Burkard Dregger hören, dass das Thema Digitalisierung schiefläuft – ja, wer ist denn für die Digitalisierung im Bund zuständig, lieber Burkard, wer ist denn für den Digitalpakt zuständig? –, dann kommen wir doch an dieser Stelle einfach nicht weiter.

[Beifall bei der FDP]

Die Parlamentsdebatte soll doch im Rahmen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes genau das erzielen: die Realitäten der Stadt aufzugreifen. Meine Güte, liebe CDU-

Fraktion, ich mache Ihnen doch gar keinen Vorwurf. Bleiben Sie doch ruhig! Es geht darum, sich alltagstauglich mit den Fragen auseinanderzusetzen. Deshalb haben wir ein Parlamentsbeteiligungsgesetz.

[Beifall bei der FDP]

Das erwarte ich. Genauso wie ich im Übrigen erwartet hätte, dass die Bildungssenatorin heute mehr vorlegt als nur eine Änderung des Datums in der Frage der Verordnung. Sie haben das Datum geändert; nach meinem Kenntnisstand auf den 21. Februar.

[Senatorin Sandra Scheeres: Genua!]

Aber Sie haben keinen Fahrplan vorgelegt, wie die Schuleöffnung in unserer Stadt aussehen soll. Da gibt es eine Initiative der Union, da gibt es eine Initiative der Freien Demokraten. Nur Sie haben keine Initiative. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass das vorgelegt wird.

[Beifall bei der FDP]

Wie wollen wir die Schulen Zug um Zug, Stück für Stück zu einem Regelbetrieb bringen? – Keine Antworten von Ihnen. Das ist doch das, was heute wichtig ist. Wir erwarten von den Berlinerinnen und Berlinern enorme Kraftanstrengungen. Aber der Eindruck, der immer noch am Ende des Tages bleibt, ist der, dass die eigene Kraftanstrengung des Berliner Senats ausbleibt, und damit muss jetzt endlich mal Schluss sein. Herr Kollege Schneider! Ich hoffe, dass Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen

[Stephan Lenz (CDU): Niemals!]

und der Stufenplan der Freien Demokraten, der hier im Haus vorliegt, maßgeblich richtungsgebend dafür wird, wie wir uns auf einen gemeinsamen Stufenplan verständigen, damit die Berlinerinnen und Berliner ein Stück weit mehr Perspektive kriegen, wir unter einem Incidenzwert von 50 über weitere Lockerungen sprechen, die angemessen sind, die sich darauf konzentrieren, was wir wissenschaftlich nachverfolgen können, was wir gesundheitlich rechtfertigen können und damit Zug um Zug mehr in die Normalität, in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alltag in unserer Stadt zurückfinden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

So, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Redezeit aufgeteilt, je fünf Minuten. Es beginnt der Abgeordnete Ziller. – Bitte schön, Herr Kollege!

[Florian Kluckert (FDP): Jetzt kommt wieder die Opposition in der Koalition!]

Stefan Ziller (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Unsere heutige

(Stefan Ziller)

Sondersitzung zum Tagesordnungspunkt Corona auf Basis des Covid-19-Parlamentsbeteiligungsgesetzes ist ein großer Schritt. Wir als Abgeordnete übernehmen Verantwortung für die weiteren nötigen Einschritte in den Lebensalltag zur Bekämpfung der Pandemie. So richtig die schnellen Entscheidungen der Exekutive zu Beginn der Pandemie waren, so richtig ist es, dass wir heute erstmalig auf Basis unseres neuen Gesetzes zusammenkommen und die Maßnahmen ernsthaft beraten.

[Heiko Melzer (CDU): Der Senat hat zur Kenntnisnahme vorgelegt! Nicht zur Zustimmung oder Abstimmung!]

Viel haben die Kolleginnen und Kollegen zur gebotenen Verlängerung schon gesagt. Ich möchte zu drei Punkten noch mal ausführen. Mit den Einschränkungen des Januar haben wir ein wirksames Instrument gefunden, die Infektionszahlen auch tatsächlich zu senken. Das zeigt: der Grundsatz der kontaktreduzierenden Maßnahmen ist richtig. Dies ist ein Erfolg. Auf Basis dieser Januarerfahrung werden wir auch in den kommenden Monaten die Gratwanderung zwischen Minimierung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen auf der einen, aber auch dem Schutz von Menschenleben und unkontrollierter Ausbreitung von Corona auf der anderen Seite bestehen. Die Teststrategie und zeitnah zur Verfügung stehende Selbstschnelltests werden uns endlich in die Lage versetzen, die Pandemie mit einem weiteren Baustein zu bekämpfen. Wir werden in der Lage sein, besonders sensible Bereiche wieder zu öffnen. Unverständlich ist, warum die Bundesregierung sich den Vorbereitungen so lange widersetzt hat. Meine Fraktion hat schon letztes Jahr darauf gedrungen, dass es endlich strategisches Schnelltesten geben muss. Andere Länder wie Österreich und die Slowakei sind uns da längst voraus.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Mit der nun täglichen Testung in Pflegeeinrichtungen tun wir das Möglichste, um unser Gesundheitssystem zu schützen. Dank der Selbstschnelltests werden auch Grundschulen und Kitas erstmals in die Lage versetzt, Infektionsketten sofort zu identifizieren und im Keim zu beenden. Auf eine solche Chance haben wir lange gewartet. Die Gefahr einer unkontrollierten Ausbreitung angesichts der Mutation des Coronavirus ist allerdings weiter erheblich. So froh wir alle über die sinkenden Zahlen, gerade in Berlin, sind: Leichtfertig eine dritte Welle zu befördern, würde die Anstrengungen von jedem Einzelnen von uns wieder zunichemachen.

Gewappnet mit einer risikominimierenden Teststrategie können wir es aber schaffen, die Verbreitung zu minimieren. Kombiniert mit schlagkräftigen Gesundheitsämtern – da denke ich vor allem an mehr digitale Schnittstellen für die Nachverfolgung – ist das die Grundlage, um eine Perspektive über Ostern bis zum Sommer zu haben.

[Zuruf von der AfD: Träumer!]

Ich möchte heute noch zwei Punkte vertiefen, zu denen kurzfristig und anhaltend Handlungsbedarf besteht: die sozialen Verwerfungen und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Sehr geehrter Herr IT-Senator Geisel!

[Lachen bei der CDU, der AfD und der FDP]

Bitte sorgen Sie in Ihrem Haus dafür, dass endlich die Hausaufgaben in Sachen Homeofficefähigkeit und Verfügbarkeit von Videokonferenzen gemacht werden.

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Zurufe von der CDU und der FDP]

Das erwarten wir von Unternehmen, aber eben auch von der Berliner Verwaltungsspitze.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Zum Abschluss möchte ich Sie davon überzeugen, dass wir in Berlin unsere Stadtteilzentren, die Nachbarschaftsforen, die Kitas, die Familienzentren und die vielen anderen sozialen Einrichtungen in den Blick nehmen müssen.

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

An all diesen Orten werden Menschen Beratung und Unterstützung suchen. Ein Teil des Hilfspaketes sollte daher auch in die dezentralen und lokalen sozialen Infrastrukturen in unseren sozialen Kiezen gehen. Denn die verstärkte Nutzung der digitalen Angebote dieser Einrichtungen, die es dort ja gibt, lässt erahnen, wie sich die Bedarfe entwickeln, wenn es zumindest in kleinen Gruppen und mit Schnelltests wieder möglich ist, sich persönlich zu treffen.

Ich rufe die Bezirke von hier aus auf: Tun Sie im Rahmen Ihrer Verantwortlichkeit alles, um dort, wo möglich, Kapazitäten zu erweitern und sicherzustellen. Auch, wenn es in die Zuständigkeit des Bundes fällt, möchte ich noch einmal daran appellieren, sich für die Menschen, die Transferleistungen beziehen, einzusetzen und endlich Planungssicherheit zu schaffen. Dass Infektionsschutz im Jahr 2021 in Deutschland an systematisch zu niedrigen Hartz-IV-Sätzen scheitert, ist eine Schande. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Joschka Langenbrinck (SPD): Torsten, kannst du
deine Rede noch mal halten?]

Präsident Ralf Wieland:

Dann folgt Frau Kollegin Burkert-Eulitz. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hunderttausende Eltern werden morgen wieder

(Marianne Burkert-Eulitz)

versuchen, was eigentlich nicht funktionieren kann. Sie werden versuchen, ihre Kinder beim schulischen Lernen zu begleiten, die Kita zu ersetzen, ihre Kinder zu versorgen, den Haushalt zu bewältigen und gleichzeitig den Ansprüchen ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu genügen und volle Arbeitsleistung zu erbringen. Viele hier im Raum wissen, das funktioniert nicht, weil wir selbst daran scheitern.

[Beifall bei der AfD]

Jetzt versuchen Sie bitte nachzuvollziehen, wie es für viele Familien in schwierigen und belastenden Situationen aussieht: zu viele Menschen auf engem Raum, die sich nicht aus dem Weg gehen können, in zu kleinen Wohnungen oder in Gemeinschaftsunterkünften ohne Internet.

[Zuruf: Warum stimmen die Grünen
dann für den Lockdown?]

Und – dies sollte auch allen bewusst sein – wir nähern uns dem Monat sieben innerhalb eines Jahres, in dem diese Belastung für unsere Familien anhält.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Seit wann darf die AfD denn zweimal reden?]

Dies sollten gerade die bedenken, denen die derzeitige starke Präsenz des Themas Kinder, Kita, Schule – in Anführungszeichen – „auf die Nerven geht“. Ich danke allen Eltern, die ihr Bestes tun, um so gut, wie es nur irgend geht, für ihre Kinder da zu sein, dem Personal in Kitas und Schulen und in der Verwaltung, die alles geben, um diese Situation für die Kinder und Jugendlichen abzumildern und die Eltern zu unterstützen.

[Beifall bei den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Aber wir wissen: Wir können die Folgen jetzt allenfalls abmildern, die geschlossene Einrichtungen für Kinder und Jugendliche über einen langen Zeitraum mit sich bringen: Kinder, die sich zu wenig bewegen, weil ihnen der Sportverein fehlt, Kinder mit Depressionen, Schuldistanz, große Lernlücken, überforderte Eltern, angespannte Familiensituationen, auch mit der Folge einer Zunahme häuslicher Gewalt. Daher ist es politisch absolut richtig und wichtig, die Entscheidung getroffen zu haben, dass Kitas und Schulen als Erste wieder geöffnet werden.

[Beifall bei den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –

Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Lernbrücken, Sommerschule und die mobilen Unterrichtshilfen für die Jugendhilfe müssen erhalten und ausgebaut werden. Das System der Jugendhilfe muss weiterarbeiten, aber das Virus ist noch da und verändert sich. Daher können die Schulen und die Kitas nicht einfach nur ihre Pforten öffnen, sondern wir gehen kleine Schritte mit flankierenden Maßnahmen, so sicher für Personal und Kinder, wie es geht.

Alle Kinder sofort – wenn man Ihren Antrag von der FDP richtig liest – in der Konsequenz wieder in Kitas und Schulen zu nehmen, kann nicht funktionieren. Ab dem 22. Februar steigen wir wieder, unter Auslassen der Präsenzpflicht, in den Wechselunterricht für die Kleinsten in den Klassen 1 bis 3, in kleinen homogenen Gruppen, und Abschlussklassen ein. Da steigen wir ein. Wir ändern schulrechtlich die Abschlussbedingungen und tragen damit der Situation Rechnung. Wir stellen mobile Endgeräte zur Verfügung, Lüftungsgeräte werden wieder ange schafft. Sehr gut bewährt hat sich die Tagesreinigung, die wir mit dem letzten Haushalt eingeführt haben. Wir müssen daran arbeiten, dass sie auch später weiter ausgeweitet wird.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ubbelohde von der AfD zulassen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Nein, von der AfD nicht. – Jetzt gibt es endlich FFP2-Masken an Kitas und Schulen. Die Möglichkeiten, sich testen zu lassen, werden ausgeweitet. Diesen Punkt halten wir als Grüne für einen entscheidenden Teil,

[Carsten Ubbelohde (AfD): Schön, dass wir ein Parlamentsbeteiligungsgesetz haben!]

– ich bin lauter als Sie –

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU, der SPD
und der LINKEN]

der die Ausbreitung des Virus an den Einrichtungen im Zaum halten kann. Der Senat steht in der Pflicht, sich weiter intensiv dafür einzusetzen, dass die Schnelltests und Selbsttests so schnell wie möglich zugelassen, in entsprechender Zahl in Berlin vorhanden sein und an die Schulen und Kitas verteilt werden. – Danke, Silke Gebel, dass du schon im Dezember darauf gedrängt hast, dass sich hier etwas bewegt!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Georg Pazderski (AfD): Klasse! Toll! –
Frank-Christian Hansel (AfD): Super! –
Carsten Ubbelohde (AfD): Danke, Silke! –
Zuruf von Franz Kerker (AfD)]

Danke, dass am letzten Dienstag 70 Millionen Euro für ein Sicherheitspaket für unsere pädagogischen Einrichtungen beschlossen wurden!

Was ich allerdings immer noch nicht nachvollziehen kann, ist, warum Kitakinder nicht getestet werden sollen. Es ist eine Forderung der Berliner Kitas. Meine Frage, warum ein sechsjähriges Kitakind weniger ansteckend als ein siebenjähriges Schulkind sein soll, haben mir bisher weder die Senatorinnen noch ihre Häuser ausreichend

(Marianne Burkert-Eulitz)

erklären können. Ich meine, dass zum Schutz der Beschäftigten in den Kitas auch dies möglich werden muss.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Paul Fresdorf (FDP)
und Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zeelen von der CDU-Fraktion zulassen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Ja!

[Carsten Ubbelohde (AfD): Da kann nicht viel passieren, die sind ja in der gleichen Partei! –
Heiterkeit bei der AfD]

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Ich habe eine Verständnisfrage zu dem, was Sie gerade gesagt haben: In Schulen in Berlin sind FFP2-Masken für die Kinder besorgt. Bei Masken ist es wichtig, dass sie passgenau sind. Korrigieren Sie noch mal das, was Sie gerade gesagt haben, oder gibt es eine Bestellung, von der der Rest des Hauses noch nie etwas gehört hat?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Ich habe nicht gesagt, dass sie für die Kinder zur Verfügung stehen, sondern für die Schulen und Kitas, das ist das Personal. Wenn Sie in den Beschluss des Senates vom Dienstag genau schauen, werden Sie genau diese Antwort dort auch finden.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Die Besuchung an anderen Orten wie Theatern und Kinos sollte möglich sein. Hier ist noch einiges zu tun. Kinder müssen sich sportlich betätigen können. Uns allen ist klar, dass uns die Folgen des Shutdowns noch lange begleiten werden. Dies trifft vor allem auf Kinder und Jugendliche zu, denn sie befinden sich in einem Entwicklungsprozess, und die Belastungen haben zum Teil massive negative Auswirkungen, die Nachwirkungen haben werden. Wir werden unsere Programme und Angebote langfristig darauf einstellen müssen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Carsten Ubbelohde (AfD): Die
grüne Oppositionspartei! –
Florian Kluckert (FDP): Sie können ja mal
einen Änderungsantrag einbringen!]

Präsident Ralf Wieland:

Der fraktionslose Abgeordnete Wild hat einen Redebeitrag angemeldet. Seine Redezeit beträgt ebenfalls zehn Minuten. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

[Zuruf von der LINKEN: Hier ist Maskenpflicht! –
Andreas Wild (fraktionslos): Langsam könnten
Sie es aber mal wissen!
Joschka Langenbrinck (SPD): Maske auf! –
Weitere Zurufe]

Andreas Wild (fraktionslos):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Wir befinden uns in einer so schweren verfassungsrechtlichen Krise wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Niemand bezweifelt das heute noch ernstlich.

Unsere einigermaßen funktionierende Staatlichkeit wurde von der Bundeskanzlerin nach jahrelangen Attacken auf die Infrastruktur innerhalb eines Jahres wirtschaftlich ruiniert, verfassungsmäßig garantierte Grundrechte ausgesetzt – also abgeschafft – und ein diktatorisches Regieren unter Zuhilfenahme der durch das Parteienkartell gleichgeschalteten Parlamente etabliert. Die Kanzlerin weist eine in unserer Rechtsordnung nicht als Verfassungsorgan vorgesehene Runde der Länderchefs unter ihrem eigenen Vorsitz zu bestimmtem Handeln an. Alles weitere ist nur noch theatermäßig inszeniert; die Parlamente beraten nicht wirklich, sondern winken die Kanzlerinnenpolitik durch, so auch hier und heute.

Dies alles ist nur möglich, da es in Deutschland außer der AfD keine Opposition mehr gibt und sich sogar Die Linke in die Einheitspartei der sogenannten Demokraten einbinden lässt. Der Bürger im System erfasst nicht, dass er längst wieder in einer Diktatur lebt, da sich alle in den Parlamenten vertretenen Parteien – außer der AfD – gegen die Interessen des Bürgers einig zeigen und mit Verve das Gegenteil behaupten.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Wild! Gestatten Sie mir nur einen Zwischenhinhweis: Sie bewegen sich da wieder ziemlich nah daran, hier Regelverstöße zu begehen. Ein Beweis, dass wir nicht in einer Diktatur leben, ist, dass Sie hier das Wort ergreifen können. Ich fordere Sie noch mal auf, Ihre Worte ein wenig abzuwagen.

[Starker Beifall bei der SPD,
der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP –
Beifall von Georg Pazderski (AfD)
und Frank-Christian Hansel (AfD)]

Andreas Wild (fraktionslos):

Das betrifft nicht nur die sogenannte Coronaepidemie; das betrifft die Bildungspolitik, die für stetig sinkende Kompetenz unserer Schulabgänger sorgt,

[Fortgesetzter anhaltender Beifall bei der SPD,
der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP]

eine Energiepolitik, die gleichzeitig für ständig steigende Preise und immer geringere Versorgungssicherheit sorgt, die Verkehrspolitik, die die Errungenschaften der Technik, insbesondere die des Automobils durch untaugliche Rezepte ersetzen will,

[Fortgesetzter anhaltender Beifall bei der SPD,
der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP]

die Wirtschaftspolitik, welche die Leistungsfähigkeit unserer Industrie durch knebelnde Vorschriften stetig verschlechtert,

[Fortgesetzter anhaltender Beifall bei der SPD,
der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP]

und eine Verteidigungspolitik, die dazu geführt hat, dass unsere Truppe ohne funktionierendes Gerät noch nicht einmal mehr unsere Grenzen schützen kann, während wir am Hindukusch –

[Fortgesetzter anhaltender Beifall bei der SPD,
der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

[Tobias Schulze (LINKE): Zu Ende, die Rede? –
Zuruf von der AfD: Sehr demokratisch!]

Andreas Wild (fraktionslos):

– Danke schön! – unsere jungen Soldaten von religiösen Eiferern ermorden lassen, und nicht zuletzt die gescheiterte Familienpolitik, die für immer mehr Kinderlose und immer weniger Kinder sorgt. Dies alles ist Politik gegen die Interessen der Deutschen, dies ist auch Politik gegen die Interessen der hier assimilierten Ausländer.

Durch die überparteiliche Vereinbarung unter den Kartellparteien gelingt es mit kluger PR, also vergifteter Öffentlichkeitsarbeit, dem Bürger das Gegenteil weiszumachen. Die einzige Partei in unseren Parlamenten, die da nicht mitmacht, ist die AfD. Sie wird unter Verdrehung der Tatsachen zur einzige angeblich nicht demokratischen Partei erklärt.

Sie im Parteienkartell haben die Demokratie nur noch auf dem Schild an Ihrer Tür stehen. Ich gebe zu, es gibt in

diesen Kartellparteien aufrechte Leute, denen man zubilligen muss, im Herzen für die gute Sache einzutreten, allerdings wagen auch diese in der Regel nicht ernsthaft, die Ursache zu benennen. Die Spinne im Netz, welche die staats- und volksverstörenden Aktionen dirigiert und mit eiskalter Machtpolitik umsetzt, das – es wird Sie nicht überraschen – ist der erste Kanzler mit FDJ-Erfahrung, die Bundeskanzlerin. Der Skandal ist: Die vernünftigen Reste in der FDP, CDU, SPD und bei den Linken ermöglichen diese stille Diktatur erst. Hier in Berlin setzt eine rot-rot-grüne Koalition unter dem glücklosen Regierenden Bürgermeister die Merkelsche Politik um, in Baden-Württemberg die grün-schwarze Regierung und in Thüringen die Kommunisten-Regierung unter Bodo Ramelow.

Unsere Medien bejubeln die gleichgeschaltete Politik. Kein Wunder, wenn drei Viertel der Journalisten sich selbst grün verorten! Sozialutopische, weltfremde Eiferer wählen den Journalistenberuf weitaus häufiger als solide Naturwissenschaftler oder Juristen.

[Zuruf von Stefan Evers (CDU)]

Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus einem Interview mit dem Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Kepplinger in der „Jungen Freiheit“:

[Lachen bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Bei einer fundierten Umfrage gaben 2005 36 Prozent die Grünen als bevorzugte Partei an, 26 Prozent die SPD, ein Prozent die PDS. Ihnen standen 9 bzw. 6 Prozent gegenüber, die den Unionsparteien nahestanden oder der FDP. 20 Prozent nannten keine Parteipräferenz. Die meisten von ihnen waren natürlich vermutlich keine Nichtwähler, sondern Antwortverweigerer.

Und weiter heißt es:

Journalisten sind angepasste Außenseiter, angepasst an ihre eigene Umgebung und Außenseiter in Bezug auf die Gesellschaft.

Diese Journalisten bejubeln fast unisono die staats- und bevölkerungsfeindliche Politik der Kanzlerin, und in diese gefährliche, weil gleichgeschaltete Lage kommt nun eine angebliche Gefahr durch ein angebliches neues Virus. Zwar sterben so viele, wie schon immer gestorben sind, aber die Fakten zählen jetzt nicht mehr.

[Anne Helm (LINKE): Sie reden wirklich
einen gequirten Blödsinn!]

Dem von der Kanzlerin geschickt geleiteten Kartell gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und die grundgesetzmäßig garantierten Grundrechte auszuhebeln.

[Anne Helm (LINKE): Jede Verschwörungstheorie
reproduzieren, aber eine Mutation
ist natürlich nicht real!]

(Andreas Wild)

Die angeblich wissenschaftlichen Ergebnisse sind von der Politik vorgegeben. Darauf weist die „Welt am Sonntag“ am 7. Februar hin: Drosten und RKI berichten, was die Kanzlerin will. Korrumpierte Wissenschaftler!

[Zurufe von Stefan Evers (CDU)
und Christian Gräff (CDU)]

Oberstes Gebot ist angeblich das gerettete Menschenleben, nicht das Menschenleben an sich, denn dann würde man sich bemühen, mehr Kinder in Deutschland willkommen zu heißen. Dabei wird übersehen, dass alle Leben endlich sind und der Versuch, alle Leben mit allen Mitteln zu bewahren, scheitern muss.

Ein Ausstieg aus der sogenannten Eindämmungspolitik, die unter dem Deckmantel der Vorsorge den Deutschen übergeholfen wurde, wäre gedankenlogisch nur möglich, wenn keiner mehr mit oder an Corona sterben würde. Selbstverständlich wird das nie der Fall sein. Wahrscheinlich starben auch schon immer Mitmenschen an Corona, nur hat früher niemand getestet. Aber das ist für die hiesige Betrachtung einerlei. Da immer Leben für einen Tag zu retten sind, kann der Freiheit nie wieder Raum gegeben werden.

[Stefan Evers (CDU): Jetzt reicht es aber langsam!]

Die Argumentation: „Leben vor Freiheit!“ wird durch diese Tatsache zur Farce. In der „Welt“ schreibt der Staatsrechtler Hinnerk Wißmann von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, dass diese Freiheitseinschränkungen natürlich mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Die Maßnahmen im Rahmen der Merkelschen Coronapolitik lägen aber so weit außerhalb des normalen verfassungsrechtlichen Fragerahmens, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit wie das Kaninchen angesichts der Schlange – hier der von der Bundesregierung erzeugten Panik – erstarre. Eine nicht erstarre Gerichtsbarkeit hätte die Grundrechtseinschränkungen schon längst dahin gebracht, wo sie mit der Unglückskanzlerin zusammen hingehören, in den Orkus der Geschichte. Der von der Kanzlerin verwendete Begriff der Vorsorge drehe die Beweislast um, nicht die Kanzlerin und ihre Helfershelfer müssen nun noch beweisen, dass die sogenannten Eindämmungsmaßnahmen notwendig seien, sondern die Kritiker müssten beweisen, dass die Aufhebung der Maßnahmen für das Volk hilfreich seien.

Da immer das Argument des dadurch gefährdeten Lebens dagegensteht, kann das nicht gelingen. Die Analogie zu anderen Lebensrisiken sehen dabei nur wenige. Niemand würde den Kraftfahrzeugverkehr verbieten, auch wenn Tausende jährlich durch ihn in Deutschland sterben. Niemand würde die Hausarbeit in Deutschland verbieten, obwohl dadurch viele in Deutschland sterben, oder den Weg zur Arbeit, der noch gefährlicher ist. In jedem einzelnen der genannten Bereiche sterben deutlich mehr Menschen als an der angeblich so gefährlichen Covid-19-Infektion.

[Frank-Christian Hansel (AfD):

Da hat er leider recht! –

Anne Helm (LINKE): Das ist großer Blödsinn!]

Die kommunistisch geprägte Kanzlerin hat großes Unheil über unser Land gebracht. Sie versetzt mittels einer ausgeklügelten PR-Kampagne das Volk in Angst und Schrecken. Die Wunderwaffe Corona hat ihr nun die Macht gegeben, absolut über Deutschland zu herrschen und unser Land zu ruinieren. Mit ihrem Lockdown hat sie bereits unrettbar weite Teile der Wirtschaft in Schutt und Asche gelegt und einer Generation von Schülern das Recht auf Bildung entzogen. Sie hat den Deutschen eine Impfung gebracht, die junge Leute, die ohnehin nicht erkranken, schützen soll, und alte in erheblicher Zahl umbringt.

[Zuruf von der SPD]

Man kann daraus den Schluss ziehen, im Kanzleramt sitzt das Böse in Person, nicht zum ersten Mal in Deutschland.

[Zurufe]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege, dafür rufe ich Sie jetzt zur Ordnung – wegen dieses Vergleichs.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN und den GRÜNEN –

Beifall von Sebastian Czaja (FDP)
und Sibylle Meister (FDP)]

Andreas Wild (fraktionslos):

Ich habe nichts verglichen.

Präsident Ralf Wieland:

Doch, haben Sie!

Andreas Wild (fraktionslos):

Sie alle hier lassen zu, dass dieses Böse wirken kann und dass die Kanzlerin mit ihrem FDJ-Mehltau unser Land und unsere Bürger überzieht, da Sie ihrer alternativlosen Politik ohne hörbaren Widerstand nachkommen. Sie selbst machen sich schuldig. Jeder, der diese Terrorverordnungen wider besseres Wissen toleriert, macht sich schuldig vor den Deutschen und der Geschichte.

[Zurufe von der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN: Pfui! –

Stefan Evers (CDU): Unfassbar! –
Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

– Danke!

[Tobias Schulze (LINKE): Schönen Tag noch!]

Präsident Ralf Wieland:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen nun zur Behandlung der eingangs aufgerufenen Vorgänge. Die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3390 „Ergebnisse der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 10. Februar 2021“, hat das Haus hiermit zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz, Drucksache 18/3389 „Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, VO-Nr. 18/316“ wird überwiesen an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung und an den Hauptausschuss.

Dann kommen wir jetzt zum dringlichen Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3392 „§ 2 Kontaktbeschränkungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Dazu beantragt die antragstellende Fraktion die Sofortabstimmung. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Gesundheitsausschuss, Rechtsausschuss und Hauptausschuss. Gemäß der Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer der Überweisung an die genannten Ausschüsse – –

[Zuruf: Nein, nur Gesundheit!]

Ich höre gerade, der Antrag soll nur an den Gesundheitsausschuss gehen. Dann noch mal: Wer der Überweisung an den Gesundheitsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – Das sind CDU, FDP und die fraktionslosen Abgeordneten Nerstheimer und Wild. Enthaltungen? – Enthaltung bei der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zum dringlichen Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/3393 „§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung I – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Auch hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Bildungsausschuss. Ich lasse zuerst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer der Überweisung an den Bildungsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – CDU und FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Wild und Nerstheimer. Enthaltungen? – Enthaltung bei der AfD. Dann ist die Überweisung beschlossen.

Wir kommen zum dringlichen Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3394 „§ 13 Kindertagesförderung, Hochschulen, Bildung II – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Auch hier beantragt die FPD-Fraktion die sofortige Abstimmung. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind wieder die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – CDU, FDP und die fraktionslosen Abgeordneten Nerstheimer und Wild. Enthaltungen? – Bei der AfD. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zum dringlichen Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3395 „§ 14 Einzelhandel, Märkte – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Die FPD beantragt die sofortige Abstimmung. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Ich lasse über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind wieder die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – Bei CDU, FDP, AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten Nerstheimer und Wild. Enthaltungen gibt es keine. Erstes war die Mehrheit. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

[Unruhe]

Dann kommen wir zum dringlichen Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3396 „§ 19 Kulturelle Einrichtungen – Einspruch gegen die Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Auch hier hat die FDP die sofortige Abstimmung beantragt. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung.

[Anhaltende Unruhe]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte die herzliche Bitte, dass Sie es mir etwas einfacher machen. Die letzten zehn Minuten sind auch an mir hier nicht spurlos vorübergegangen.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

Ich gebe mir Mühe, präsidial zu bleiben. – Wer der Überweisung an den Gesundheitsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Nerstheimer und Wild.

Wir kommen nun zum dringlichen Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/3397 „Schulen pandemiesicher machen, dann sicher und nachhaltig öffnen – Dauerhafte Perspektive für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte“. Die CDU-

(Präsident Ralf Wieland)

Fraktion beantragt die sofortige Abstimmung. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – Das sind CDU, FDP, AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten Nierstheimer und Wild. Enthaltungen sehe ich keine. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 1 A, Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 18/3387 „Vierte Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung, VO-Nr. 18-314“. Diese wird überwiesen an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung.

1 B, Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3388: „Erste Verordnung zur Änderung der Eingliederungshilfe-Covid-19-Verordnung, VO-Nr. 18-315“. Diese wird überwiesen an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung.

1 C, Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz, Drucksache 18/3391 „Vierte Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung, VO-Nr. 18-318“. Diese wird überwiesen an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und an den Hauptausschuss.

1 D, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten vom 18. Januar 2021 Drucksache 18/3336 zum Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2970 „Endlich wieder mehr Kultur wagen – Theater und Konzertsäle verantwortungsbewusst auslasten“. Mehrheitlich wird gegen FDP bei Enthaltung der CDU votiert dies abzulehnen. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Bei CDU, AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Wir kommen dann zu 1 E, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung vom 7. Dezember 2020 und die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. Januar 2021 zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2716 „Landesstudie zur SARS-CoV-2-Infektiosität von Kindern auf den Weg bringen“. Die Ausschüsse votieren mehrheitlich gegen CDU bei Enthaltung AfD und FDP auf Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Bei FDP, AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten, die heute da sind.

Dann müssten wir durch sein. – Meine Damen und Herren! Das war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste, die 74. Sitzung findet am Donnerstag, 25. Februar 2021 um 10 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 12.06 Uhr]